



5. Sitzung Gemeinderat (2010-2014)

Datum, Zeit:	Montag, 13. Dezember 2010, 19.00 Uhr
Ort:	Saal Reformiertes Kirchgemeindezentrum ReZ
Vorsitz:	Patric Crivelli (SVP), Gemeinderatspräsident
Anwesend:	38 Ratsmitglieder
Entschuldigt abwesend:	Patrick Mosimann (SVP) Andreas Sturzenegger (FDP)
Protokoll:	Marcel Amhof, Gemeinderatssekretär
Stimmenzähler:	Jacqueline Hofer: Bereich SVP Barbara Schori: Bereich Mitte inkl. Bürotisch Benedikt Stockmann: Bereich GEU/glp und SP/Juso/GP
Weibeldienst:	Leopoldo Putorti

Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 4. Sitzung vom 8. November 2010
3. Interpellation Reto Heeb (CVP) und 3 Mitunterzeichnende „Standortförderung“ / Begründung
Geschäft Nr. 30/2010
4. Interpellation Dominic Müller (CVP) und 8 Mitunterzeichnende „Professionelle Stadtentwicklung und aktive Nutzung Leepünt“ / Begründung
Geschäft Nr. 31/2010
5. Volksinitiative "2000-Watt-Gesellschaft für Dübendorf" / Antrag an Stimmberechtigte
Geschäft Nr. 7/2010
6. Revision der Verbandsstatuten der Gruppenwasserversorgung Vororte und Glattal (GVG) /
Genehmigung
Geschäft Nr. 22/2010
7. Revision der Verbandsstatuten der Gruppenwasserversorgung Oberes Glattal (GOG) /
Genehmigung
Geschäft Nr. 23/2010
8. Voranschlag 2011 / Genehmigung
Geschäft Nr. 28/2010



9. Drei Bürgerrechtsgesuche
- 9.1. Mehmeti Muhamer und Hajrie sowie die Kinder Edona und Laureta, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Wangenstrasse 89, Dübendorf / Genehmigung Geschäft Nr. 19/2010
- 9.2. Vogas Athanassios und Zoumboulia sowie die Kinder Orestis und Sophia, griechische Staatsangehörige, wohnhaft Hurdackerstrasse 81, Dübendorf / Genehmigung Geschäft Nr. 20/2010
- 9.3. Granier Thierry Henri Louis, französischer Staatsangehöriger, wohnhaft Zeisigweg 7, Dübendorf / Genehmigung Geschäft Nr. 25/2010

1. Mitteilungen

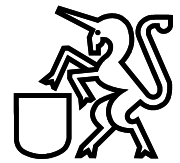
Mitteilungen des Ratspräsidenten:

Neue Geschäfte seit der letzten Gemeinderatssitzung

- Acht Bürgerrechtsgesuche
- Parlamentarische Vorstösse:
 - Interpellation Dominic Müller (CVP) und 8 Mitunterzeichnende „Professionelle Stadtentwicklung und aktive Nutzung Leepünt“. Diese Interpellation wird heute begründet.
 - Schriftliche Anfrage Valeria Rampone (GEU/glp) und 1 Mitunterzeichnende „Bepflanzung private Grundstücke“
- Der Stadtrat hat ebenfalls folgende parlamentarischen Vorstösse beantwortet:
 - Schriftliche Anfrage Hans Baumann (SP) „Folgen der AVIG-Revision“
 - Schriftliche Anfrage Marcel Drescher (GEU/glp) und 1 Mitunterzeichnende „Elektrizitätsversorgung“
 - Schriftliche Anfrage Bruno Eggenberger (BDP) „Ersatz Ökibus“
 - Schriftliche Anfrage Hans Baumann (SP) „Städtisches Beschaffungswesen“
 - Schriftliche Anfrage Valeria Rampone (GEU/glp) und 1 Mitunterzeichnende „Bepflanzung private Grundstücke“

Aus der Fragestunde vom 4. Oktober 2010 ist die Beantwortung der Fragen von Patrick Walder zum Geldwäschereigesetz noch offen. Der Stadtrat hat die Fragen folgendermassen beantwortet:

Frage 1: Wie hoch ist der maximale Betrag, welcher in Bar bei der Stadtverwaltung z.B. für Steuern einbezahlt werden kann? *Antwort Stadtrat:* Aus Sicherheitsgründen vermeidet es die Stadtkasse, grössere Geldbeträge entgegenzunehmen. Für Bareinzahlungen über Fr. 10'000.00 werden die Personen an die Post oder Bank verwiesen. Steuern werden selten an der Stadtkasse einbezahlt, und wenn ja, in kleinen Beträgen. Es handelt sich jährlich um ca. 20 Fälle. *Frage 2:* Ist die öffentliche Verwaltung eine Branche, welche dem Geldwäschereigesetz explizit unterstellt ist respektive führt die Stadtverwaltung Dübendorf Tätigkeiten aus, welche explizit dem Geldwäschereigesetz unterstellt sind? *Antwort Stadtrat:* Die Stadtverwaltung Dübendorf nimmt keine Finanztransaktionen im Auftrag eines Kunden vor. Die öffentliche Verwaltung ist weder im eigentlichen Finanzsektor noch im Parabankbereich tätig. Deshalb ist davon auszugehen, dass die öffentliche Verwaltung eine Branche ist, welche dem Geldwäschereigesetz nicht unterstellt ist. *Frage 3:* Wenn Nein: Wie stellt der Stadtrat sicher, dass über die Stadtverwaltung z.B. durch das Bareinzahlen von Steuern kein Geld gewaschen wird? *Antwort Stadtrat:* Mit der erwähnten Vorsichtsmassnahme ist sichergestellt, dass kein Bargeld verbrecherischen Ursprungs via Stadthasse in den Geldkreislauf der Stadtverwaltung Dübendorf gelangt. Weitergehende Massnahmen müssen nach Meinung des Stadtrates nicht ergriffen werden.



2. Protokoll der 4. Sitzung vom 8. November 2010

Gegen das erwähnte Protokoll sind beim Präsidenten des Gemeinderates keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung genehmigt.

3. Interpellation Reto Heeb (CVP) und 3 Mitunterzeichnende „Standortförderung“ / Begründung Geschäft Nr. 30/2010

Begründung Dominic Müller (CVP):

Dominic Müller (CVP) begründet die Interpellation, da es dem Erstunterzeichner Reto Heeb (CVP) aufgrund von Heiserkeit nicht möglich ist, das Votum selber zu halten.

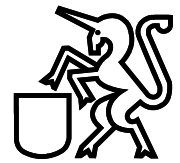
Es sei in der Bevölkerung und in der Politik unbestritten, und es werde auch in den Medien immer wieder betont, welche grossen Vorteile die Stadt Dübendorf habe. Im Städte-Ranking 2010 der Bilanz stehe Dübendorf auf hervorragender 6. Stelle von insgesamt 123 Städten. Im Gemeinde-Ranking der Weltwoche mit 842 Gemeinden stehe Dübendorf auf dem 62. Platz. Ohne überheblich zu sein, könnten diese Resultate stolz machen hier zu leben. In der Kategorie Arbeitsmarkt belege Dübendorf aber einen Rang im Mittelfeld. Unternehmen seien wichtig für eine Gemeinde, wichtig für die Steuereinnahmen, und Unternehmen prägten eine Gemeinde. Das Bundesamt für Statistik weise im Jahr 2008 in Dübendorf 17'000 Arbeitsplätze aus. Man habe hier viele Entwicklungsgebiete, optimale Standorte und einen extrem guten öffentlichen Verkehrsmittel, die durch die Eröffnung der dritten Etappe der Glattalbahn noch bessere Anschlussmöglichkeiten böten. Man müsse aber auch feststellen, dass in letzter Zeit Firmen weggezogen seien. Vor diesem Hintergrund stelle man die Fragen zum Nutzen der Standortförderung, welche im Moment relativ stark durch glow.das Glattal unterstützt sei. Heute teilten sich die acht beteiligten Gemeinden 40 Stellenprozente des Standortförderers. Dies sei die offizielle Standortförderung, welche neben der Arbeit des Stadtpräsidenten und der Stadträte geleistet würde. Wenn man diese Zahl herunterrechne, dann würden pro Woche noch rund zwei Stunden aufgewendet. Deshalb interessiere es die Interpellanten, wie erfolgreich diese Standortförderung sei, welchen Nutzen man und welche Erwartungen man habe. Im Legislaturprogramm werde das Thema ebenfalls angesprochen.

Das Geschäft Nr. 30/2010 ist somit zur Beantwortung dem Stadtrat überwiesen.

4. Interpellation Dominic Müller (CVP) und 8 Mitunterzeichnende „Professionelle Stadtentwicklung und aktive Nutzung Leepünt“ / Begründung Geschäft Nr. 31/2010

Begründung Dominic Müller (CVP):

„Sucht man auf dem Internet-Auftritt der Stadt Dübendorf nach Informationen zur Stadtentwicklung, findet man eine eigene Seite. Darauf sind fünf Entwicklungsgebiete mit einem kurzen Text beschrieben. Es findet sich eine leere Personenliste, eine leere Veranstaltungsliste, keine Neuigkeiten und die letzte Publikation stammt aus dem Jahr 2006. Schaut man im grossen weiten Internet, dann stösst man weit vorne auf die Firma Stratego4, die auf Herbst 2009 eine Analyse im Auftrag der Stadt Dübendorf erstellen will oder hat und von einem konkreten Aktionsplan spricht, der entstehen soll. Im Legislaturprogramm 2006-2010 war die Stadtentwicklung bereits als oberstes Thema platziert, bevor sie in diesem Jahr im neuen Legislaturprogramm 2010-2014 wieder zuvorderst steht. Diese Mal



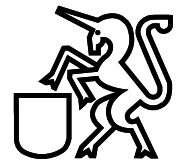
kommt sie detaillierter und konkreter daher mit einer grossen Anzahl an konkreten Massnahmen auf unterschiedlichsten Ebenen, von der Kommunikation bis zur Gestaltung der Eingangstore in die Stadt. Im Gegensatz zu den peripheren Gebieten wie zum Beispiel im Bahnhof Stettbach, wo sich Dübendorf fast von selbst entwickelt, ist im Zentrum nur wenig Entwicklung auszumachen. Die Aufgabe ist ja auch etwas schwieriger. Das doch eher etwas verwahrloste Leepünt-Areal steht symbolisch für den Entwicklungsstand des Dübendorfer Zentrums. Das Resultat einer Unterschriftensammlung der CVP zeigt klar auf, dass die grosse Mehrheit der Befragten will, dass sich auch im Zentrum von Dübendorf etwas bewegt. Wir waren erstaunt über das Engagement, mit dem selbst alteingesessene Dübendorfer diskutiert und Ihrer Unzufriedenheit freien Lauf gelassen haben. Das Resultat: Zwei Stunden vor der Migros im Zentrum haben 200 Unterschriften zusammen gebracht. Zusammen mit denjenigen unserer Mitglieder sind es dann etwas mehr als 300. Die Diskussionen im Rahmen der Unterschriftensammlung haben aber auch deutlich aufgezeigt, wie breit die Unterschiede in den Meinungen und Vorstellungen sind: Vom Geschäftshaus oder Alterswohnungen bis zum Kinderspielplatz war alles dabei. Auch dass für die bestehenden Nutzungen wie zum Beispiel das Subito gesorgt werden muss, war immer wieder ein wichtiges Thema. Es hat sich also bestätigt, was das Protokoll der Diskussion und das ausserordentlich knappe Abstimmungsergebnis über den beantragten Planungskredit zum Leepünt aus einer Gemeinderatssitzung im Jahr 2006 vermuten liess. In all den Einzelinitiativen, die unter dem Titel Stadtentwicklung laufen, scheint nämlich eine Grundsatzfrage offen und nicht abgestimmt: Wie schaut das zukünftige Dübendorf aus, wo wir leben wollen? Was macht es aus? Was macht es denn neben seiner einmaligen Lage vor den Toren Zürichs attraktiv? Wir haben ja ein Freibad, eine Eisbahn, einen Steuersatz der vielleicht im Rahmen der heutigen Budgetdiskussion gar noch tiefer wird, neu die Glattalbahn. Sollen wir noch mehr wollen? Ist es die Durchgangsstadt, die wir sein wollen, oder wünschen wir nicht doch einen Ort zum verweilen mit einem attraktiven Zentrum? Je nach Ziel ist der Rahmen anders, was und wie denn überhaupt an Entwicklungsleistung durch die Politik notwendig ist. Im einfachen Fall reichen dann tatsächlich isolierte Einzelmassnahmen. Oder aber man versteht Stadtentwicklung als das grosse Ganze, das die vielen anderen Themen zusammen hält: die Verkehrs- und Abfallkonzepte, die Tempo 30- und Bepflanzungsfragen aber auch das Engagement für die nächste Etappe der Glattalbahn. Wenn man es isoliert macht und einfach bestehende Gelegenheiten nutzt, dann kann man versuchen, es losgelöst von der Bevölkerung in einem engen, politischen Kreis von oben nach unten zu machen, dann kann man auch einfach private Investoren pflegen und machen lassen und auf andere Experten verzichten. Dass es mit Dialog und Einbezug der Bevölkerung geht, haben die sehr positiven Beispiele wie zum Beispiel der Workshop zum Abfallkonzept gezeigt. Dass der Fokus in der vorliegenden Legislaturplanung aber eher anders liegt, lassen die sehr konkrete Aktivitätenliste und die geringen Werte im Budget vermuten, das wir heute noch diskutieren werden. Die mit der Interpellation gestellten Fragen haben zum Ziel klarer zu verstehen, welche Vorstellungen und welchen Ansatz der Stadtrat mit dem Schlagwort 'Stadtentwicklung' und der dazugehörigen Massnahmenliste verbindet, und wie er alles zusammen halten will."

Das Geschäft Nr. 31/2010 ist somit zur Beantwortung dem Stadtrat überwiesen.

5. Volksinitiative "2000-Watt-Gesellschaft für Dübendorf" / Antrag an Stimmberechtigte Geschäft Nr. 7/2010

Referent GRPK Patrick Walder (SVP):

„Die Initiative verlangt, dass folgende Artikel in der Gemeindeordnung ergänzt werden sollen: ‚Art. 1a (neu) Nachhaltigkeit: Die Stadt Dübendorf setzt sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die Erreichung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft ein, insbesondere für eine schrittweise Halbierung des Verbrauchs nichterneuerbarer Energie pro Einwohnerin und Einwohner in Dübendorf. Die konkreten Ziele und Massnahmen werden alle vier Jahre festgesetzt und schrittweise umgesetzt. Die Finanzie-

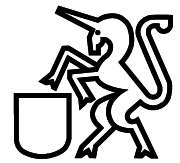


Die Umsetzung der Massnahmen erfolgt primär durch zweckgebundene Mittel wie Konzessionsabgaben.

Art. 46a (neu) 2000-Watt-Kommission: Die 2000-Watt-Kommission ist zuständig für die Umsetzung der Nachhaltigkeit in Art. 1a und erstattet jährlich Bericht. Die 2000-Watt-Kommission besteht aus zwei Stadträten und fünf weiteren durch den Gemeinderat zu wählenden Mitgliedern, davon zwei Fachpersonen, welche sich durch entsprechendes Fachwissen auszeichnen. Wie der Stadtrat in seiner Weisung bereits feststellt, wurde der Stadt Dübendorf im Jahr 2002 das Energiestadtlabel verliehen. Erneuert wurde es jeweils durch die Reaudits 2006 und 2010. Das Label Energiestadt steht unter anderem für die Absenkung des CO₂-Ausstoss und der Verringerung des Stromverbrauchs. Die bestehende Energiestadt-Kommission befasst sich seit 2001 mit der Kontrolle der Umsetzung im Rahmen des Energiestadt Label. Auf Grund der Angaben in der Weisung hat die Unterkommission der GRPK, bestehend aus Andrea Kennel und meiner Person, dem Stadtrat Fragen gestellt, welche zufriedenstellend und rasch beantwortet wurden. Die Fragen drehten sich insbesondere um die erwähnte Energiestadt-Kommission. Gemäss Angaben des Stadtrats besteht die Energiestadt-Kommission aus dem Stadtpräsidenten (BDP), aus dem Finanzvorstand (GEU/glp) sowie aus dem Tiefbauvorstand (FDP). Die Aufgaben der Kommission umfassen: Auswahl und Vorschlag der Massnahmen, Anweisung bzw. Empfehlung zur Umsetzung der Massnahmen, Erfolgskontrolle, Öffentlichkeitsarbeit und das Umsetzen von Beschlüssen des Stadtrats. Die Festlegung der Ziele sowie die Konstituierung der Kommission erfolgt durch den Stadtrat. Die Energiestadt-Kommission kann bei Bedarf die zugewiesene Energiestadtberaterin oder auch spezialisierte Fachpersonen beiziehen. Im Anschluss der Abklärungen hat die Unterkommission das Gespräch mit den Initianten gesucht um die Möglichkeit eines Gegenvorschlags auszuloten. Die Initianten haben folgenden Gegenvorschlag unterbreitet: ‚Art. 1a (neu) Nachhaltigkeit - ersatzlos gestrichen. Art. 46a (neu) Energie-Kommission: Die Energie-Kommission ist zuständig für die schrittweise Halbierung des Verbrauchs nichterneuerbarer Energie pro Einwohnerin und Einwohner Dübendorfs. Sie erstattet Bericht. Die Energie-Kommission besteht aus zwei Stadträten und fünf weiteren durch den Gemeinderat zu wählenden Mitgliedern, davon zwei Fachpersonen, welche sich durch entsprechendes Fachwissen auszeichnen.‘ Die GRPK-Mehrheit ist der Meinung, dass das Ziel einer 2000-Watt-Gesellschaft nicht in der Gemeindeordnung, also in die Verfassung der Stadt Dübendorf, gehört und dass es keine weitere durch die Gemeindeordnung vorgeschriebene Kommission zu diesem Thema benötigt. Das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft ist gemäss novatlantis.ch, der offiziellen Homepage bezüglich 2000-Watt-Gesellschaft, frühestens ab dem Jahr 2150 zu erreichen, und das Erreichen von diesem Ziels wird als ehrgeiziges bezeichnet. Weiter müsste zur Erreichung dieses Ziels, wiederum gemäss novatlantis.ch, ein ganz klares Lebensmodell verfolgt werden. Hier einige Beispiele aus dem Lebensmodell ‚Leichter Leben 2010‘: Die Kategorie Wohnen sollte von jetzt 1800 W auf 500 W reduziert werden, dies durch eine Wohnfläche von unter 50 m² pro Person in einem Gebäude mit Niedrigenergiestandard. Die Mobilität muss von 1700 W auf 450 W reduziert werden, die Ernährung von 750 W auf 250 W. Beim Konsum ist eine Reduktion von 750 W auf 250 W zu erreichen, dies zum Beispiel bei der Kultur, Gesundheit und Hotellerie und bei der Infrastruktur ist eine Reduktion von 1500 W auf 550 W vorgesehen, dies zum Beispiel durch Verzicht von überdachten Bahnhöfen. Die GRPK ist der Meinung, dass solche Ziele nicht in die Gemeindeordnung gehören und ist daher sowohl gegen die Initiative sowie auch gegen den uns vorgelegten Gegenvorschlag der Initianten. Die GRPK empfiehlt Ihnen die Initiative dem Volk zur Ablehnung zu empfehlen.“

Stellungnahme Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP):

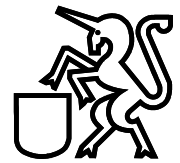
Er danke für die gemachten Ausführungen. Der Stadtrat unterstütze den Antrag der GRPK auf Ablehnung der Volksinitiative.



Allgemeine Diskussion:

Thomas Maier (GEU/glp):

„Ich bin nun doch schon einige Jahre Mitglied dieses Rates – immer mit grosser Freude und Engagement. Ich gebe zu, ich stehe auch gerne hier vorne und versuche unseren politischen Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen. Sehr gerne stehe ich hier vorne, wenn ich den Stadtrat oder uns selber loben und danken darf. Nur ist mir gestern bei der Vorbereitung zu diesem Votum trotz Weihnachts- und Geschenkzeit beim besten Willen überhaupt nichts eingefallen, das ich loben oder wenigstens ansatzweise positiv herausstreichen könnte. Oder anders herum betrachtet hat der Stadtrat das Geschenk, das wir ihm mit dieser Volksinitiative gemacht haben, unausgepackt in die Kehrriechtabfuhr geschickt. Was aus unserer Sicht, derjenige der Schenkenden, kommt das fast einem Affront entgegen. Zu den Tatsachen: Was will unsere Volksinitiative? Im Wesentlichen will unsere Volksinitiative zwei ergänzte Artikel in der Gemeindeordnung, die bereits genannt worden sind. Die Begründung ist so simpel wie auch einleuchtend. Energie ist eine Schlüsselressource und wird dies auch in Zukunft bleiben. Der stark gestiegene Energieverbrauch zeigt gewichtige negative Folgeerscheinungen. Die Wissenschaft ist sich einig darüber, dass der Einfluss des Menschen auf Klima und Umwelt ein Faktum ist. Es gibt keinen Grund, diesbezügliche Warnungen nicht ernst zu nehmen. Heute verbraucht eine Person in der Schweiz und damit auch in Dübendorf eine Dauerleistung von 5000 W, was einem täglichen Verbrauch von 13 Litern Benzin entspricht. Die ETH Zürich hat mit dem Konzept ‚2000-Watt-Gesellschaft‘ aufgezeigt, wie eine Gesellschaft aussehen könnte, die bei gleicher Lebensqualität mit massiv weniger Energie auskommen kann. Ausserdem gibt es seit Kurzem eine Fachstelle des Bundes, die ab 2011 operativ wird. Mit dieser Volksinitiative soll Dübendorf in Zusammenarbeit mit Kanton und Bund seinen Beitrag zur Erreichung des Ziels einer 2000-Watt-Gesellschaft angehen. Im Sinne der Nachhaltigkeit erhält dabei der effiziente und sparsame Energieeinsatz oberste Priorität. Er wird durch modernste Technologien zum Beispiel Wärmedämmung, Minergie, Wärme-Kraft-Kopplung, Energierückgewinnung oder hocheffiziente Motoren sichergestellt und minimiert negative Folgen für die heutige und die nachkommenden Generationen. Ausserdem müssen erneuerbare Energien wie zum Beispiel Kleinwasserkraft, Holz, Sonne, Biogas, Geothermie oder Wind Vorrang erhalten. Insbesondere im Gebäudesektor liegt ein enormes Effizienzpotential gerade auch in den Gemeinden. Die Umsetzung dieser Initiative soll primär durch Anreize für einen effizienten und sparsamen Umgang mit Energie erfolgen und erst in zweiter Linie durch Vorgaben. Zudem spielt die Vorbildfunktion der Stadt Dübendorf eine wichtige Rolle. Ein weiteres wichtiges Ziel der Initiative ist es, Innovationen zu fördern und die Abhängigkeit von ausländischen Energielieferanten zu verringern, damit Investitionen und Wertschöpfung in der Schweiz bleiben und auch in Dübendorf zu neuen Arbeitsplätzen führen. Dübendorf kann als Hochschulstandort mit Empa und Eawag gestärkt werden. Mit einem Innovationspark oder der Kombination mit einem Innovationspark könnten neue Technologie- und Dienstleistungsunternehmen angesiedelt werden, was auch nachhaltig zu mehr Steuereinnahmen führen könnte. Beste Werbung im Sinne von Standortförderung und Standortmarketing. Ich stelle dabei – alles Erlebnisse aus der jüngsten Vergangenheit – fest: Unser Stadtpräsident und die Stadtverwaltung sonnen sich – ich finde zu Recht – in diversen Errungenschaften unserer Stadt, beispielsweise an der Eröffnung der Glattalbahn am vergangenen Samstag. In seinen Reden betonten er und die Vertreter von Kanton, dem Bund sowie der Projektleitung immer wieder die Nachhaltigkeit, die Innovation und die Ökologie dieser Bahn. Die Eröffnung der Glattalbahn erfolge ganz im Sinne eines nachhaltigen Umgangs mit unseren endlichen Ressourcen und leiste damit einen enorm wertvollen Beitrag zu einer ökologisch sinnvollen Mobilität. Und alles war nur dank dem grossen Mut vor allem der sechs Städte und deren Präsidien möglich gewesen. Dito in Bezug auf das Sonnen, wenn es um unser Label Energiestadt geht. Darauf wird auch in der ansonsten äusserst dürrtigen Weisung des SR hingewiesen. Das ist gut und recht, nur sind die Herausforderungen – ich habe es erwähnt – langsam aber sicher so gross, dass wir mit unserem Label wohl bald keinen Blumentopf mehr gewinnen. Das Label Energiestadt hat die Zeichen der Zeit übrigens ebenfalls erkannt: Bereits haben sich mehrere Energiestädte auf den Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft gemacht und zeigen auf, dass der Weg dorthin



zwar steinig, aber machbar ist. Und Dübendorf? Haben Nachbargemeinden nicht nur beim Umbau bei Bahnhöfen die Zeichen der Zeit erkannt, So kann zum Beispiel Wallisellen auf dem Richti-Areal nach 2000-Watt-Gesellschaft-Zielen eine Riesenüberbauung mit Hunderten von Wohneinheiten hochziehen lassen. Und was macht Dübendorf? Die Stadt Zürich hat das Ziel 2000-Watt-Gesellschaft per Volksabstimmung in der Gemeindeordnung verankert. Da habe ich übrigens auf dem Festplatz Stettbach direkt neben dem Zelt der Stadt Dübendorf eine wunderbare Ausstellung dazu gesehen. Diametral entgegen dem, dass der Stadtrat und vorhin Patrick Walder in seinem Votum behaupten, das ginge nicht. Der Kanton Zürich hat mit Beschluss des Kantonsrates auf Antrag des Regierungsrates das Ziel der 1-Tonnen-CO₂-Gesellschaft gesetzlich verankert. Dieses Gesetz ist per 2010 in Kraft getreten. Am Anfang stand ebenfalls eine Volksinitiative der Grünliberalen. Das Gleiche könnte man jetzt weiterführen und weitere Gemeinden aufzählen. Es gibt zum Beispiel eine Gemeinde im Zürcher Oberland, die bisher nicht als besonders fortschrittlich aufgefallen ist, aber auch in dieser Gemeinde wurde das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft verankert. Bei der Gemeinde handelt es sich um Rüti. Da entstehen bei mir diverse Fragen: Wieso sollen wir nicht können, was andere können wie Wallisellen, Rüti oder Zürich? Wo bleibt der mutige und innovative Stadtrat? Wie will sich hier der Stadtrat argumentativ heraushalten? Ich kann da nur mutmassen, dass der Stadtrat und auch die GRPK-Mehrheit sich gar nicht ernsthaft mit unserem Anliegen auseinandergesetzt haben. Nur so können wir uns erklären, dass weder der Stadtrat noch die GRPK es geschafft haben, einen guten und griffigen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Damit hätten wir wenigstens etwas erreicht, und wir hätten dazu sicher Hand geboten. Es ist nicht die Aufgabe der Initianten, zu ihrer eigenen Volksinitiative einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Wir werden weiter für die 2000-Watt-Gesellschaft kämpfen. Wir denken dabei zum Beispiel an Grossprojekte wie eine Glattalbahn, die nur dank Pionieren und Vorkämpfern überhaupt möglich wurde. Wollen wir einmal uns nicht auch sonnen können, wenn wir – in sagen wir mal 40 Jahren – auf das Erreichte bezüglich 2000-Watt-Gesellschaft zurückblicken und unseren nachfolgenden Generation etwas Nachhaltiges und einen funktionierenden Umgang mit unseren Energieresourcen hinterlassen? Setzen Sie ein Zeichen und sagen Sie Ja zu unserer Initiative. Für unsere Umwelt. Für Dübendorf.“

Patrick Angele (SP):

„Wir leben auf zu grossem Fuss. In der Schweiz verbraucht jede Person dreimal so viel Energie, wie es die weltweiten Energiereserven zulassen. Das globale Reservoir an fossilen Energien, insbesondere Erdöl, leert sich zunehmend rascher. Schon bald rücken die nur schwierig abbaubaren Vorkommen ins Blickfeld. Die Ausschöpfung dieser Reserven führt zu tatsächlichen oder vermeintlichen Verknappungen, die wiederum wirtschaftliche Verwerfungen oder gar kriegerische Auseinandersetzungen zur Folge haben, ich erinnere dabei zum Beispiel an den Irakkrieg. Es ist offenkundig: Wir leben auf Kosten unserer kommenden Generationen. Handeln ist angesagt. Die 2000-Watt-Gesellschaft ist ökonomisch gescheitert. Wir sind heute zu 80 Prozent vom Erdöl-, Erdgas- und Uranimport abhängig, das heisst vom Ausland. Mehr als 20 Milliarden Franken fliessen jährlich so ins Ausland ab. Geld, welches mit erneuerbaren Energien in der Schweiz bleiben würde. Geld, welches hier die KMU in wirtschaftlichen Fortschritt und mehr Wohlstand investieren würden. Geld, welches jetzt zu reichen Öl-Scheichs und russischen Gas- und Uran-Oligarchen abfließt. Erdöl, Erdgas und Atomkraftwerke sind punkto Sicherheit riskant. Ein Grossteil der Ölimporte kommt aus politisch instabilen Regionen wie dem mittleren Osten. Mit den immer knapper werdenden Ressourcen steigt der Preis. Umsteigen ist ökonomisch gescheitert. Die 2000-Watt-Gesellschaft ist machbar. Die Vision der 2000-Watt-Gesellschaft sieht eine kontinuierliche Absenkung des Energiebedarfs auf 2000 W vor. Dieses Ziel soll so rasch wie möglich erreicht werden. Bis ins Jahr 2050 kann sich der Anteil an fossilen Energien von heute 3000 W auf 1500 W pro Person halbieren. Der weit gefasste Zeithorizont hat triftige Gründe: Der Wandel bedingt eine rigorose Anpassung der Infrastruktur und eine intelligente Lebensweise, sonst bleibt die 2000-Watt-Gesellschaft eine Vision. Und hier setzt die Initiative an. Auf lokaler Ebene. Wir haben die politischen Mittel dazu, also packen wir die Chance. Die Argumente des Stadtrates und der GRPK sind kleinlich. Dübendorf als eine der über 200 Energiestädte unterstützt



bereits die Vision einer 2000-Watt-Gesellschaft. Die Initiative ist keine Konkurrentin des Energiestadt-Labels, wie es der Stadtrat schreibt, im Gegenteil, sie ist eine sinnvolle Ergänzung. Mit der vom Gemeinderat gewählten Kommission wäre eine breite politische Abstützung gegeben um weiter zu gehen wie das Label verlangt. Dübendorf darf auch einmal eine etwas pionierhaftere Rolle einnehmen. Es schadet uns nicht, wenn wir weiter denken anstatt nur das Minimum zu machen. Ich möchte ein Dübendorf, welches selber denkt und handelt. Da ist die Kommission, wie sie die Initiative vorschreibt das richtige Instrument. Mit dem Energiestadt-Label zu argumentieren ist daher kleinlich. Dass das Ziel einer 2000-Watt-Gesellschaft in der Gemeindeordnung nicht das Erwünschte bringt, ist ein falsches Argument. Mit der vorgeschlagenen Kommission ist gewährleistet, dass das was nötig ist passiert. Der Stadtrat bringt in seiner Weisung, bei der es sich um eine sehr dürtige Weisung für ein Volksinitiative mit über 300 Unterschriften handelt, fast keine Argumente gegen die Initiative. Inhaltlich unterstützt er das Anliegen ja mit dem Engagement bei der Energiestadt. Umso unverständlicher ist die Ablehnung. Wir sollten dem Stimmvolk ein Ja empfehlen. Die 2000-Watt-Gesellschaft ist keine links-grüne Träumerei. Sie wurde von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der ETH Zürich und Lausanne erarbeitet, welche übrigens den Gemeinden fachliche Unterstützung anbietet. Die 2000-Watt-Gesellschaft wird vom Bundesrat unterstützt. Zürich als die grösste Stadt der Schweiz Zürich hat das Ziel bei einer Volksabstimmung in ihrer Gemeindeordnung fest geschrieben. Denken wir an die kommende Generation. Sie wird es uns danken. Die SP und die Juso sind aus den genannten Gründen für die Initiative. Wir empfehlen der Stimmbevölkerung ein Ja in die Urne zu legen.“

Peter Jann (GP):

„Die 2000-Watt-Gesellschaft steht als Sinnbild für eine zukunftsorientierte, nachhaltige Gesellschaft, welche das grundsätzliche Ziel hat, den Energieverbrauch und CO₂-Ausstoss zu senken. Nicht die in konkreten Zahlen gefassten Ziele sind aus meiner Sicht wichtig, über deren Realisierbarkeit bei einem Zeithorizont von rund 40 Jahren kann durchaus trefflich gestritten werden, sondern die Vorstellung in welche Richtung der zukünftige Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen hingehen sollen und wie schnell dieser Weg begangen werden soll. In diesem Sinne ist es nachvollziehbar, wenn der Stadtrat er aufführt, dass er mit den Kriterien des Energiestadtlabels ja schon eine solche Vorstellung hat. Ich glaube sogar, dass er Recht hat, wenn schreibt, dass die Zielsetzungen der 2000-Watt-Gesellschaft mit den heutigen Lebensgewohnheiten nicht erreichbar sind, vor allem wenn man vom heutigen Wirtschaftsmodell ausgeht, dass sich ausschliesslich am Wachstum orientiert. Man könnte auch durchaus mit einem gewissen Recht und einwenden, dass die Initiative in den Markt eingreift und in diesem Sinne dirigistisch ist. Wenn die bestehenden Energieressourcen knapp werden und alte Technologien nicht mehr subventioniert werden, werden die Industrie und Wissenschaft rasch Lösungen präsentieren. Auch unsere Lebensgewohnheiten werden wir dann zwangsläufig anpassen müssen. Die Frage ist nur, ob wir solange warten wollen. Wir sollten uns auch fragen, was uns das Warten kosten wird, wer uns bis dann überholt. Deshalb empfehlen wir Grünen die vorgestellte Initiative zur Annahme: Die Verankerung der 2000-Watt-Gesellschaft durch Art. 1a in der Gemeindeordnung verpflichtet die Stadt systematisch nachzudenken, motiviert neue Lösungswege zu suchen und regt an über Lebensgewohnheiten nachzudenken, und dies eher früher als später. Eine 2000-Watt-Kommission gemäss Art. 46a schafft Transparenz leistet Rechenschaft über Geleistetes. Sie garantiert durch die einbezogenen externen Fachleute eine unabhängige Aussensicht und auch da, schafft die Verpflichtung etwas zu leisten. Insgesamt handelt es sich um eine Initiative, die hilft vorhandene Denksteine zu verflüssigen, damit Dübendorf auf der virtuellen Autobahn mit Vollgas in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft losfahren kann und nicht in Rückstand gerät. Und gegen eine solche Initiative lässt sich ja schwerlich etwas sagen.“

Andrea Kennel (SP):

„Ich bin überrascht, dass von bürgerlicher Seite her niemand ausser dem Vertreter der GRPK das Wort ergreift. Ist eine Initiative, die von 374 Stimmberechtigten in Dübendorf unterschrieben worden ist so unwichtig? Ist die Umwelt so unwichtig? Oder sind alle für diese Initiative? Dann wäre diese in der



GRPK aber wahrscheinlich befürwortet worden. Es sind nur zwei Gründe gegen die Initiative genannt worden, und beide Gründe sind aus meiner Sicht ziemlich fadenscheinig. Zum einen solle ein so langfristiges Ziel nicht in die Gemeindeordnung geschrieben werden. Wo denn sonst? Langfristige Ziele gehören in die Gemeindeordnung. Der zweite Punkt, dass man mit der Energiestadt-Kommission eine entsprechende Kommission habe. Diese Kommission setzt sich aus drei Stadträten zusammen und kann Fachleute beiziehen, muss dies aber nicht zwingend tun. Diese Kommission, welche in der Initiative verlangt wird, ist anders zusammengesetzt und damit eine wichtige Erweiterung der Energiestadt-Kommission.“

Theo Johner (BDP):

„Wir haben sehr viele Plädoyers für die 2000-Watt-Gesellschaft gehört. Die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft – und zu diesen hat Thomas Maier vor allem gesprochen, nicht zur Volksinitiative – kann man voll unterstützen. Das Problem liegt darin, dass es illusorisch ist zu glauben, dass Ingenieure und Naturwissenschaftler etwas hinzaubern, so dass wir an unserem Verhalten nichts ändern müssen und dennoch den Energieverbrauch auf 2000 W beschränken können. Darin liegt für mich das Hauptproblem der Initiative. Die Initiative ist Propaganda, man gründet eine neue Kommission – da ist es einfach, schnell zu Unterschriften zu kommen. Die Frage ist aber, was geschieht, wenn konkrete Massnahmen vorgeschlagen werden. Die Initiative bringt ausser einer weiteren Kommission, welche dann im Konflikt mit anderen Gremien steht. Bei der letzten Revision der Gemeindeordnung haben wir und bemüht, alle selbständigen und halbselfständigen Kommissionen mit eigenen Befugnissen zu eliminieren, da dies immer wieder zu Konflikten geführt hat. Jetzt soll eine neue Kommission gegründet werden, welche dieselben Ziele verfolgt wie die Energiestadt-Kommission. Im Gegensatz zu dem, was Patrick Angele gesagt hat, ist es nicht so, dass einer Stadt das Energiestadt-Label verliehen wird, und die Stadt dann nichts mehr dafür tun muss. Um das Label behalten zu können müssen Fortschritte erzielt werden, also dasselbe, was in der Initiative auch gefordert wird. Für mich bringt die Initiative keinen Gewinn, sondern nur eine neue Kommission und etwas Blabla, aber keine konkreten Massnahmen.“

Antrag Stadtrat / GRPK:

Der Gemeinderat, in Kenntnis eines Antrages des Stadtrates vom 15. Juli 2010, gestützt Art. 29 Ziff. 4.8 der Gemeindeordnung vom 5. Juni 2005 **b e s c h l i e s s t**:

1. Die Volksinitiative „2000-Watt-Gesellschaft für Dübendorf“ wird abgelehnt.
2. Die Volksinitiative wird den Stimmberechtigten innert 30 Monaten seit der Einreichung der Initiative, d. h. bis spätestens 17. August 2012, zur Abstimmung unterbreitet.
3. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug

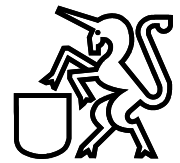
Abstimmung:

Für Antrag des Stadtrates und der GRPK (Ablehnung Volksinitiative)	22 Stimmen
Gegen Antrag des Stadtrates und der GRPK (Annahme Volksinitiative)	14 Stimmen

Beschluss:

Der Gemeinderat, in Kenntnis eines Antrages des Stadtrates vom 15. Juli 2010, gestützt Art. 29 Ziff. 4.8 der Gemeindeordnung vom 5. Juni 2005 **b e s c h l i e s s t**:

1. Die Volksinitiative „2000-Watt-Gesellschaft für Dübendorf“ wird abgelehnt.



2. Die Volksinitiative wird den Stimmberechtigten innert 30 Monaten seit der Einreichung der Initiative, d. h. bis spätestens 17. August 2012, zur Abstimmung unterbreitet.
3. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug
6. **Revision der Verbandsstatuten der Gruppenwasserversorgung Vororte und Glattal (GVG) / Genehmigung
Geschäft Nr. 22/2010**

Gemeinderatspräsident Patric Crivelli (SVP) weist darauf hin, dass der Referent der GRPK in seinem Referat sowohl auf die Revision der Verbandsstatuten der Gruppenwasserversorgung Vororte und Glattal (GVG) sowie auf die Revision der Verbandsstatuten der Gruppenwasserversorgung Oberes Glattal (GOG) eingehen wird. Die Diskussion und die Abstimmung über die Genehmigung der Statuten werden für beide Geschäfte separat erfolgen. Bei beiden Statutenrevisionen sind keine Änderungs- oder Ergänzungsanträge möglich. Der Gemeinderat kann der Revision der Statuten zustimmen oder diese ablehnen.

Referent GRPK Daniel Brühwiler (GEU/glp):

Bei den vorliegenden Geschäften gehe es um die Statutenrevisionen zweier Zweckverbände, welche sehr eng miteinander verwandt sind. Beide Zweckverbände haben je eine Delegiertenversammlung, welche jeweils den Statutenrevisionen zugestimmt haben. Zur Gruppenwasserversorgung Vororte und Glattal (GVG) gehörten neben der Gruppe Furttal auch die Gruppe Kloten, die Gruppe Gross-Lattenbuck und die Gruppe oberes Glattal (GOG) mit den Verbandsgemeinden Dübendorf, Fällanden, Greifensee, Schwerzenbach, Uster und Volketswil. Die GOG wahre die Interessen der Mitglieder bei der übergeordneten GVG. Zudem übernehme, erstelle und betreibe sie Wasserversorgungsanlagen und löse gruppeninterne Probleme mit der Wasserlieferung. Der Jahresumsatz belaufe sich auf rund 2,5 Millionen Franken, wobei die Abrechnung mit der Genossenschaft Wasserversorgung Dübendorf erfolge. Die GVG übernehme, erstelle und betreibe Wasserversorgungsanlagen und schliesse Wasserlieferungsverträge mit Dritten ab. Der Jahresumsatz belaufe sich auf rund 8,5 Millionen Franken, und die Abrechnung erfolge ebenfalls mit der Genossenschaft Wasserversorgung. Der Grund für die Statutenrevision sei die neue Kantonverfassung von 2006 mit der Demokratisierung der Zweckverbände durch die Einführung des Initiativ- und Referendumsrechts. In beiden Zweckverbänden würden zudem die Finanzkompetenzen angepasst. Bei der GVG würde zudem die Zahl der Delegierten reduziert. Die GOG erhalte eine eigene RPK, in welcher die GRPK der Stadt Dübendorf mit einer Person vertreten sei. Bei der Prüfung der Geschäfte konnte die GRPK folgende Feststellungen und Hinweise machen: Trotz unterschiedlicher Grösse der Zweckverbände benötige es für eine Initiative mit 1500 Unterschriften die gleiche Unterschriftenzahl. Dies wurde damit begründet, dass man in der GVG die Hürde für eine Initiative oder ein Referendum nicht zu hoch ansetzen wollte und es auch für die Bevölkerung einer der Gruppen möglich sein sollte, eine Initiative zu lancieren oder ein Referendum zu ergreifen. Weniger klar ist, weshalb beim Referendum die Unterschriftenzahl bei der GVG mit 750 Unterschriften kleiner sei als in der GOG mit 1000 Unterschriften. Unter dem Aspekt, dass keine Änderungsanträge möglich sind, und dass einige Gemeinden diesen Statuten bereits zugestimmt hätten, habe die GRPK auf Massnahmen verzichtet. Zudem liege keine offizielle Stellungnahme der Genossenschaft Wasserversorgung Dübendorf zu den Statutenrevisionen vor, obwohl diese unmittelbar von den Revisionen betroffen sei. Die GRPK begrüsse es, wenn der Stadtrat bei ähnlichen Geschäften die Direktbetroffenen zu einer offiziellen Stellungnahme einladen würde. Die GRPK beantrage einstimmig die Zustimmung zu beiden Statutenrevisionen.



Antrag Stadtrat / GRPK:

1. Der Revision der Verbandsstatuten der Gruppenwasserversorgung Vororte und Glattal (GVG), gemäss Beschluss der Delegiertenversammlung vom 24. März 2010, wird – gestützt auf Art. 29 der Gemeindeordnung – zugestimmt.
2. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

Abstimmung:

Zustimmung zum Antrag des Stadtrates und der GRPK (Genehmigung der Revision der Verbandsstatuten der Gruppenwasserversorgung Vororte und Glattal (GVG)) 37 Stimmen

Ablehnung zum Antrag des Stadtrates und der GRPK (Ablehnung der Revision der Verbandsstatuten der Gruppenwasserversorgung Vororte und Glattal (GVG)) 0 Stimmen

Beschluss:

1. Der Revision der Verbandsstatuten der Gruppenwasserversorgung Vororte und Glattal (GVG), gemäss Beschluss der Delegiertenversammlung vom 24. März 2010, wird – gestützt auf Art. 29 der Gemeindeordnung – zugestimmt.
2. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

7. Revision der Verbandsstatuten der Gruppenwasserversorgung Oberes Glattal (GOG) / Genehmigung Geschäft Nr. 23/2010

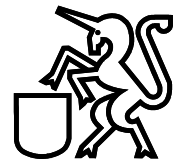
Antrag Stadtrat / GRPK:

1. Der Revision der Verbandsstatuten der Gruppenwasserversorgung Oberes Glattal (GOG), gemäss Beschluss der Delegiertenversammlung vom 17. März 2010, wird – gestützt auf Art. 29 der Gemeindeordnung – zugestimmt.
2. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

Abstimmung:

Zustimmung zum Antrag des Stadtrates und der GRPK (Genehmigung der Revision der Verbandsstatuten der Gruppenwasserversorgung Oberes Glattal (GOG)) 37 Stimmen

Ablehnung zum Antrag des Stadtrates und der GRPK (Ablehnung der Revision der Verbandsstatuten der Gruppenwasserversorgung Oberes Glattal (GOG)) 0 Stimmen



Beschluss:

1. Der Revision der Verbandsstatuten der Gruppenwasserversorgung Oberes Glattal (GOG), gemäss Beschluss der Delegiertenversammlung vom 17. März 2010, wird – gestützt auf Art. 29 der Gemeindeordnung – zugestimmt.
2. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

8. Voranschlag 2011 / Genehmigung Geschäft Nr. 28/2010

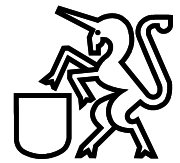
Gemeinderatspräsident Patric Crivelli (SVP) erläutert das Vorgehen. In der Eintretensdebatte wird zuerst das Eintreten oder Nichteintreten beschlossen. Bei Eintreten wird anschliessend die Detailberatung durchgeführt. Wenn in der Detailberatung zu den einzelnen Abschnitten in der Laufenden Rechnung sowie in der Investitionsrechnung keine Anträge gestellt werden, gelten sie als genehmigt. Über die Abschreibungstabelle und den Bericht des Stadtrates zum Voranschlag findet keine Detailberatung statt, da die entsprechenden Zahlen in diesen Teilen des Voranschlages Bestandteil der Laufenden Rechnung bzw. der Investitionsrechnung sind. Nach der Detailberatung über die Laufende Rechnung und über die Investitionsrechnung findet jeweils eine Abstimmung über die bereinigte Laufende Rechnung bzw. über die bereinigte Investitionsrechnung statt. Anschliessend findet die Beratung über die Höhe des Steuerfusses statt und dessen Festlegung. In einer Schlussabstimmung wird dann gesamthaft über die Annahme bzw. Ablehnung des Voranschlages abgestimmt.

Das Vorgehen wird stillschweigend genehmigt.

A. Eintretensdebatte

Stellungnahme GRPK-Präsident Hans-Felix Trachsler (SVP):

„Die Behandlung des Voranschlages 2011 gliedere ich wie in den Vorjahren in eine Eintretensdebatte und in eine Detailberatung. In der Eintretensdebatte kommen zur Sprache: Einleitende Gedanken des Präsidenten GRPK, Eckwerte Voranschlag 2011, Laufende Rechnung, Investitionsrechnung, Gesamtbeurteilung Voranschlag 2011. Die Detailberatung umfasst die Anträge der GRPK zur Laufenden Rechnung, allfällige Anträge aus dem Gemeinderat, den Steuerfuss und die Schlussabstimmung. Einleitenden Gedanken des Präsidenten der GRPK: Die GRPK beschäftigte sich in den letzten Wochen intensiv mit dem ersten Voranschlag der laufenden Legislaturperiode. Wie immer war das eine grosse, verantwortungsvolle und nicht immer ganz einfache Aufgabe. Was soll überhaupt überprüft und hinterfragt werden? Wo sollen die Schwerpunkte gesetzt werden? Wie der Gefahr begegnen, sich in vielen Details zu verlieren und den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr zu sehen, haben wir uns gefragt und sind dann die Aufgabe mit Optimismus, zielgerichtet und systematisch angegangen. Das seit Jahren bewährte System von Fragen zusammentragen, Antworten des Stadtrates sichten und beurteilen sowie anschliessend noch offene Aspekte mit einer Stadtratsdelegation persönlich zu besprechen, führte die GRPK auch diesen Herbst bei der Beurteilung des Voranschlages 2011 weiter. Zum Abschluss diskutierten wir auch intensiv die vorgeschlagenen Anpassungsanträge. Nach einer vierstündigen Sitzung am 29.11.2010 blieben drei konkrete Anträge übrig. Ich erläutere sie später im Detail. An dieser Stelle bedanke ich mich im Namen der GRPK beim Stadtrat und bei den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung für die grosse Arbeit rund um die Bearbeitung des Voranschlages 2011 und die hilfreiche Zusammenarbeit, die von Offenheit geprägt ist. Die Ausarbeitung eines Voranschlages in der Grösse der Stadt Dübendorf ist eine wichtige Aufgabe und zwangsläufig ein grosses Teamwerk: Jeder Beteiligte hat eine wichtige Funktion. Diese Arbeit wird nun heute Abend durch den politischen Entscheidungsprozess gekrönt. Leider fehlt dieser grossen Arbeit in diesem Jahr ein we-



nig der Glanz; der Voranschlag 2011 hat nämlich ein paar Kratzer erhalten. Die GRPK stellte bei ihrer Arbeit verschiedene Flüchtigkeitsfehler fest. An verschiedenen Orten stimmen die Abweichungsbegründungen zahlenmässig nicht mit dem Voranschlag überein. Es macht den Anschein, dass für die abschliessende Kontrolle nach unzähligen Anpassungen zu knappe Ressourcen eingesetzt worden sind, was eigentlich für die grosse Arbeit schade ist. Leider steht erneut ein altes immer wieder vorgebrachtes Anliegen an die Voranschlag-Macher auf allen Stufen noch immer noch an oberer Stelle auf unserer Wunschliste. Wir wünschen uns, dass sich die Verfasser der Begründungen noch stärker in die Lage des Aussenstehenden versetzen, damit die Hinweise für Dritte klar, verständlich und nachvollziehbar sind. Gute Begründungen, die selbsterklärend sind, helfen auch, GRPK Fragen zu vermeiden und so die Verwaltung zu entlasten. Trotz deutlichen Hinweisen während der letzten Legislaturperiode ist es nicht gelungen, eine für die GRPK befriedigende Lösung zu finden. Nach meiner Ansicht kann nur eine offene und transparente Informationspolitik die Zusammenarbeit zwischen den Behörden erleichtern. Sie bildet die Grundlage für das eminent wichtige und notwendige Vertrauen für ein gutes Funktionieren des politischen Systems. Arbeiten wir in Zukunft noch vermehrt daran.

Eckwerte Voranschlag 2011: Die Stadt Dübendorf rechnet bei der Laufenden Rechnung im neuen Jahr mit einem Aufwand von 134 Millionen Franken und einem Aufwandüberschuss von 3,745 Millionen Franken. Der Sachaufwand steigt im neuen Jahr um 8,24 Prozent an. Der Personalaufwand erhöht sich um 4,03 Prozent auf über 44 Millionen Franken. Die Investitionen können im neuen Jahr nur noch zu 43 Prozent selbstfinanziert werden. Die Steuererträge des laufenden Jahres entwickeln sich erfreulich und liegen deutlich über den geplanten Werten, was erneut zu einem positiven Rechnungsabschluss führen wird. Dübendorf reduziert damit seine Schulden weiter und verfügt wieder klar über die nötige finanzielle Kraft, die grossen anstehenden Investitionen auch auslösen und andere Projekte – ich denke da an die Sanierung der Schulanlage Stägenbuck – auch zielgerichtet an die Hand zu nehmen und sorgfältig zu planen.

Laufende Rechnung: Bei der Beurteilung der laufenden Rechnung greife ich drei Themen auf: Auswirkungen neue Pflegefinanzierung, allfällige Anpassung Stellenplan Stadtpolizei und Integrationsförderung als neue Aufgabe. Auswirkungen neue Pflegefinanzierung: 2008 verabschiedete die Bundesversammlung die Neuordnung der Pflegefinanzierung. Das Gesetz tritt am 1. Januar 2011 in Kraft. Die Kostenfolgen für die Gemeinden sind noch mit einer generell grossen Unsicherheit behaftet. Nach Informationen des kantonalen Gemeindeamtes nimmt die Belastung aller Zürcher Gemeinden aus der Pflegeversorgung um rund 23 Millionen Franken zu. Aus der Kostenermittlung für die Pflege ergeben sich im Bereich der Zusatzleistungen AHV/IV weitere Mehrkosten. Im Voranschlag 2011 sind Mehrkosten über 500 000 Franken eingestellt. Da diese Angaben generell mit einem grossen Unsicherheitsfaktor belastet sind, verzichtet die GRPK in diesem Bereich bewusst auf Anträge. Die vorbereitende Kommission erwartet aber im Frühjahr 2012 bei der Rechnungsabnahme vollständige Transparenz und für Aussenstehende nachvollziehbare Kommentare. Am 1. Januar 2012 tritt die neue Spitalfinanzierung in Kraft. Auf diesen Zeitpunkt hin sollte die Stadt Dübendorf von den Aufwendungen für das Spital Uster entlastet werden. Im 2011 trägt also Dübendorf einmalig zusätzliche Kosten: Die Ausgaben im Bereich Alterszentrum steigen markant an, eine Entlastung aus dem voraussichtlichen Wegfall der Kostenbeteiligung für das Spital Uster trifft erst zwölf Monate später ein. Die konkrete Ausgestaltung der kantonalen Spitalfinanzierung ist derzeit aber noch nicht bekannt; für Dübendorf verbleibt die Hoffnung, dass die kantonale Absicht effektiv umgesetzt wird. Allfällige Anpassung Stellenplan Stadtpolizei: Der Stadtrat erteilte der Stadtpolizei schon vor Jahren einen Leistungsauftrag, der festschreibt, dass die Polizisten mindestens 50 Prozent ihrer Zeit für Tätigkeit ausserhalb des Polizeipostens an der Wilstrasse aufwenden müssen. Da die Polizei aber auch durch viele administrative Arbeiten belastet ist, bewegte sich der Aussendienstanteil in den letzten Jahren knapp unter 40 Prozent. Die Zielvorgaben des Stadtrates werden damit seit längerem nicht erreicht. Im letzten Jahr mietete die Stadt ein semistationäres Gerät für Geschwindigkeitskontrollen primär zur Hebung der Sicherheit auf den Dübendorfer Strassen. Der Einsatz des Blechpolizisten und eine überraschend hohe Übertretungsquote haben allerdings zur Konsequenz, dass die administrativen Aufgaben auch aufgrund der Bussennachbearbeitung wesentlich zugenommen haben. Im Voranschlag 2011 stellte

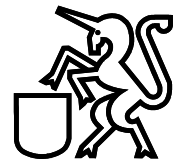


die Stadt im Personalbereich vorsorglich zusätzliche 345'000 Franken für zwei neue Polizei-Stellen ein. Die Stadtratsentscheide bezüglich Stellenetat-Anpassungen sind aktuell pendent. Der Stadtrat will die Umsetzung dieser Idee erst nach einer fundierten Analyse vornehmen. Da die Kompetenz für Stellenplan-Anpassungen ausschliesslich beim Stadtrat liegt, verzichtet die GRPK ganz bewusst auf einen Änderungsantrag. Die Kommission geht aber davon aus, dass die Exekutive ihren Entscheid fundiert aufgrund einer vollumfänglichen Kosten-/Nutzenanalyse treffen wird. Neue Aufgabe Integrationsförderung: Basierend auf dem Ausländergesetz 2003 erliess der Bund ein neues Integrationsgesetz. Bis anhin wurden die Integrationsaufgaben in Dübendorf nur punktuell in verschiedenen Abteilungen vorgenommen. Der Kanton begleitet verschiedene Integrationspilot-Projekte. Der Stadtrat entschied, zur fundierten Begleitung des Projektes wie auch zur Bündelung der Integrationsaufgaben, die auch die Koordination verschiedener Deutschkurse beinhaltet, eine befristete 30-Prozent-Stelle zu schaffen. Im Voranschlag 2011 sind dafür rund 85'000 Franken eingestellt. Im laufenden Jahr wendet die Stadt dafür rund 50'000 Franken auf. Die GRPK zeigt sich erstaunt über die Auswirkungen auf kommunaler Ebene von neuen Erlassen auf Bundesebene. Allerdings handelt es sich bei diesen neuen Aufgaben um ein befristetes Projekt, das dem Stadtrat erlaubt, systematisch die Grundlagen für die künftige Begleitung der Integrationsaufgaben zu erarbeiten. Bei diesem Thema blieb dem Stadtrat nichts anderes übrig, als zu handeln.

Investitionsrechnung: In Dübendorf befinden sich derzeit verschiedene grössere Investitionsvorhaben in Ausführung oder in der Planungsphase. Ich denke da insbesondere an die Erweiterung des Alterszentrums und hoffe, dass nun die Planungsarbeiten endgültig wieder auf Kurs sind. Im neuen Jahr investiert Dübendorf bedeutende Mittel in die Werterhaltung der Infrastruktur wie beispielsweise die Sanierung der Unteren Geerenstrasse, die Erneuerung der Bahnhofunterführung und den Ersatz der Glattbrücke, die Neugestaltung Zürich-/Höglerstrasse oder die Sanierung verschiedener Liegenschaften im Verwaltungsvermögen. Im Schulbereich ist die Erneuerung der PC-Infrastruktur über 900'000 Franken erwähnenswert.

Schulanlage Stägenbuck: Die GRPK übt seit Beginn der laufenden Amtsdauer wieder die Funktion der RPK für die Sekundarschule aus. Bei der Beurteilung des Voranschlag 2011 kam auch die anstehende Sanierung der Schulanlage Stägenbuck zur Sprache. Die Ausführungen zu diesem Projekt von Primarschule und Sekundarschule unterschieden sich klar. Es lassen sich unterschiedliche Haltungen über die Projektdimensionierung feststellen. Nach unserer Ansicht handelt es sich aber um eine kommende Aufgabe mit Investitionen in der Höhe eines klar zweistelligen Millionenbetrages. Ein derartiges Projekt ist wichtig und eine sorgfältige Planung, abgestimmt auf die Bedürfnisse der beiden involvierten Schulen, für die erfolgreiche Realisation ganz vital. Nach unserer Ansicht bedingt der gleiche Standort ein gemeinsames und koordiniertes Vorgehen. Aussagen im Finanzplan der Stadt 'die Sekundarschule hat andere Pläne' stimmt die GRPK per se skeptisch. Als Präsident der GRPK und als Dübendorfer Steuerzahler richte ich an die Präsidenten der Sekundarschule und der Primarschule den wichtigen und dringenden Appell, diese Aufgabenstellungen gemeinsam und sorgfältig anzugehen. Wenn immer möglich, sollte eine vergleichbare Situation wie im Alterszentrum vermieden werden. Die GRPK beurteilte ergänzend den Finanzplan und fand keine neuen Investitionsvorhaben, die aus heutiger Sicht nicht zweckmässig wären.

Gesamtbeurteilung Voranschlag 2011: Die GRPK stellte bei ihrer Arbeit fest, dass der Voranschlag 2011 sorgfältig erarbeitet worden ist. Die Stadt geht sinnvoll und sparsam mit den öffentlichen Mitteln um. Der Sachaufwand entwickelt leider wesentlich stärker als die Teuerung, was im neuen Jahr eine enge Begleitung durch die Exekutive und der Leitung der Stadtverwaltung erforderlich macht. Die GRPK erwartet, dass neue Aufgaben nur nach fundierter Überprüfung in Angriff genommen werden. Die vorberatende Kommission ist im Grundsatz mit dem zur Diskussion stehenden Voranschlag einverstanden. Im Rahmen der Detailberatung stelle ich nur drei Änderungsanträge. Die GRPK beantragt Eintreten auf den Voranschlag 2011.“



Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (GEU/glp):

Bei der Entwicklung in den Personalkosten sei ein Anstieg zwischen 2008 und 2009 auffallend. Neben der Entwicklung bei den Stellenplänen habe dies mit dem automatischen Teuerungsausgleich von 1,8 Prozent zu tun und damit, dass man viele strukturelle Nachholer habe. Auch für 2011 könne mit einem starken Anstieg in diesem Bereich gerechnet werden. Die habe mit einem Anstieg im Bereich der Pflege zu tun. Ohne Berücksichtigung der Primarschule, deren Personalentwicklung weitgehend durch den Kanton bestimmt werde, und des ASZ rechne man auch bei der Kernverwaltung mit einer Zunahme. Ursache dafür sei ein geplanter Stellenplanausbau, welcher durch den Stadtrat überprüft werde. Beim Sachaufwand gebe es in der Kernverwaltung einen markanten Anstieg. Man habe versucht so zu budgetieren, wie es der Gemeinderat wiederholt verlangt habe, und man habe bewusst nicht zu tief budgetiert. Bei den Sozialaufwendungen sei man nach einer einmaligen Reduktion im Jahr 2008 wieder bei 4,5 Millionen Franken. Die Hochrechnung für 2010 gehe von einem Betrag von 4,7 bis 4,8 Millionen Franken aus, doch hoffe man für das Jahr 2011 bedingt durch die konjunkturellen Bedingungen auf eine Entlastung. Mehr Sorgen bereite ihm der stetige Anstieg bei den Ergänzungsleistungen der AHV/IV. Darin enthalten sei ein Teil der zusätzlichen Pflegekosten, welche neu durch die Stadt zu finanzieren seien. Es werde nicht möglich sein, in diesem Bereich vollständige Transparenz herzustellen, doch sei dies auch ein Ziel des Stadtrates und des Finanzvorstands. Beim Bereich der Pflegefinanzierung könne man sagen, dass sich in Bern alle Lobbyisten entlasten konnten und der Kantonsrat noch entscheide, welchen Anteil der Pflegekosten durch Gemeinden zu decken sei. In der ursprünglichen Weisung des Kantonsrates sei man noch davon ausgegangen, dass die Pflegefinanzierung und die Spitalfinanzierung gemeinsam eingeführt würden und für Gemeinden mehr oder weniger saldoneutral seien, ab 2011 für Gemeinden eine Entlastung und ab 2014 eine leichte Mehrbelastung brächten. Die Realität sehe anders aus. Der Kantonsrat könne aber die Spitalfinanzierung ebenfalls rückwirkend auf den 1. Januar 2011 in Kraft setzen, wie es ursprünglich auch abgemacht gewesen sei, um damit gegenüber den Gemeinden eine gewisse Fairness zu wahren. Bei der Schule gebe es einen kontinuierlichen Anstieg der Kosten, jedoch gebe es bei den Kosten pro Schüler keinen Anstieg. Er hoffe aber, dass es mit dem Abschluss der Einführung des neuen Volksschulgesetzes zu einem Trendbruch komme. Die Gesamtentwicklung der vergangenen 20 bis 25 Jahre zeige, dass man bei der Aufwandentwicklung gegenüber dem Landesindex im Jahr 2009 einen markanten Sprung feststellen könne. Die Jahre 2009 und 2010 seien bezüglich Aufwandentwicklung schlechte Jahre, in denen der Voranschlag bzw. der Finanzplan jeweils um je 3 Millionen Franken verfehlt worden sei. Investitionen habe man in den vergangenen Jahren sehr wenige umgesetzt. Die geplanten Investitionen würden aber umgesetzt, doch sei nur die Frage, wann diese ausgelöst würden. Er habe die Ausführungen des GRPK-Präsidenten mit Interesse verfolgt, und er erachte die Zusammenarbeit der Schulgemeinden ebenfalls als wichtig. Der Stadtrat werde in dieser Frage das Gespräch mit den weiteren Behörden suchen. Man müsse aber festhalten, dass die Primarschulpflege bis zu einem gewissen Grad selbständig sei, die Sekundarschule sei sogar eine eigene Gemeinde. Bei den Steuererträgen liege man über der Bandbreite mit Erträgen aus der Zeit vor der Finanzkrise. Der Steuerfuss sei mit einer zweimaligen leichten Senkung insgesamt als sehr attraktiv zu bewerten. Die Steuerkraft habe in den 80er Jahren noch über dem kantonalen Durchschnitt gelegen. Ende der 90er Jahre habe dies gekehrt, so dass die Steuerkraft in Dübendorf heute unter dem kantonalen Durchschnitt liege. Trotz einem Absinken der Steuerkraft und einem stabilen Steuerfuss sei ein Schuldenabbau möglich gewesen, was mit einer sorgfältigen Finanzplanung und einem sorgfältigen Umgang mit Steuergeldern zu tun habe. Das Absinken der Steuerkraft sei eine beunruhigende Entwicklung, welcher der Stadtrat mit Standortmarketing begegnen wolle. Eine gewisse Verschuldung werde man bedingt durch Investitionen hinnehmen können da die Verschuldung heute auf einem tiefen Stand angelangt sei. Die ARA sei gebührenfinanziert, weshalb es für bevorstehende Investitionen zu einer markanten Steigerung der Gebühren kommen werde. Ohne Berücksichtigung der ARA werde man trotz der geplanten Investitionen eine Verschuldung von 50 Millionen Franken haben, was verkraftbar sei. Die bedeute aber auch, dass eine weitere Aufwandsteigerung von mehr als 0,5 Pro-



zent pro Jahr nicht möglich sei. Eine Aufwandsenkung wie sie in einem Sparszenario des Finanzplans beschrieben sei, entspreche nicht der Realität, zumal wenn er die Forderungen u.a. des Parlamentes nach weiteren Massnahmen zum Beispiel in der Stadtentwicklung höre. Die Steuererträge würden in allen Szenarien höher eingeschätzt, was auch damit zusammenhänge, dass man die Finanzkrise relativ glücklich überstanden habe. Eine Steuerfussenkung sei aber nur möglich mit gleichzeitigen Massnahmen im Ausgabenbereich. Zusammenfassend könne er festhalten, dass man bei der Hochrechnung 2010 in der Laufenden Rechnung 3 Millionen Franken über dem Voranschlag liege. Dies sei beunruhigend und habe unter anderem mit einem deutlichen Anstieg der Ergänzungsleistungen zu tun. Dies könne einerseits dadurch aufgefangen werden, dass man in der Investitionsrechnung deutlich unter dem Voranschlag geblieben sei und anderseits deutlich höhere Steuereinnahmen verbuchen konnte. Für den Stadtrat sind kurzfristige Massnahmen nicht möglich, da Ausgaben für Ergänzungsleistungen einfach erbracht werden müssten. Bei der Hochrechnung rechne er mit einem Nettoaufwand, der um 3 Millionen Franken höher als budgetiert ausfalle, dafür mit Einnahmen, die um rund 16 Millionen Franken höher ausfallen. Er sei froh darüber, zumal in den vergangenen Jahren oft von der schwersten Krise gesprochen worden sei. Die Rechnung werde deshalb mit einem Einnahmenüberschuss von 8 Millionen Franken abschliessen und einem Schuldenabbau von 10 Millionen Franken. Im Jahr 2010 werde man damit ein sensationelles Resultat erzielen. Zu den einzelnen Anträgen der GRPK und aus dem Rat werde er Stellung nehmen, jedoch halte der Stadtrat grundsätzlich an seinem Budget und dem Steuerfussantrag fest. Er danke der GRPK für die umsichtige Prüfung des Voranschlages und entschuldige sich für Unsorgfältigkeiten im Differenzenkommentar. Er bitte damit um die Genehmigung des Voranschlages mit einem Steuerfuss von 90 Prozent.

Allgemeine Diskussion:

Hans Baumann (SP):

„Für die SP/JUSO/GP-Fraktion ist ein starker staatlicher Sektor mit einem gut funktionierenden und bürgernahen Service Public Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt und eine florierende Wirtschaft. Dazu gehört, dass unsere Stadt einen gesunden Finanzhaushalt hat, um die kommunalen Dienstleistungen und die nötigen Investitionen zu finanzieren. Dem Stadtrat ist es gelungen, über die letzten Jahre hinweg einen ausgeglichenen Haushalt mit einem hohen Selbstfinanzierungsgrad zu erreichen. Das ist grundsätzlich positiv und wird anerkannt. In Zusammenhang mit dem Voranschlag 2011 und dem Finanzplan 2010-2014 stellen sich aber für uns einige problematische Fragen: 1. Der Stadtrat bzw. der zuständige Finanzvorstand hat die finanzielle Situation in den letzten Jahren immer schlechter geredet als sie ist. Die Prognosen und Voranschläge waren chronisch zu pessimistisch. Auch wenn es richtig ist, eher vorsichtig zu budgetieren: Wir haben den Eindruck das Ganze hat System und diene als Vorwand, eine Sparübung nach der anderen durchzuziehen, und das unter anderem auf Kosten der unteren und mittleren Einkommensschichten und des städtischen Personals, wie wir das später noch ausführen werden. 2. Wir teilen die Auffassung der SVP-Fraktion, dass die gegenwärtige finanzielle Situation der Stadt ausgezeichnet ist. Nach der letzten Hochrechnung schliesst die Stadt 2010 mit einem Überschuss von über 8 Millionen ab, 12 Millionen besser als budgetiert. Dies wegen höheren Steuereinnahmen. Der Stadtrat war nicht bereit, aufgrund dieser Hochrechnung das Budget 2011 bei den Einnahmen nochmals anzupassen. Im Gegenteil, es wurde nochmals eine zusätzliche Sparrunde gedreht. Diese Sparrunden, so wurde in der GRPK mehrmals festgestellt, geschehen oft als reine Alibiübung. Dabei werden einzelne Posten unrealistisch gekürzt, manchmal weit unter den Betrag der Vorjahre, nur um dem vorgegebenen Sparziel gerecht zu werden. Dann wird im laufenden Jahr einfach trotzdem wieder mehr ausgegeben. Auch dies werden wir in der Detailberatung noch an einem Beispiel erläutern. 3. Wir sind davon überzeugt, dass auch im nächsten Jahr die Rechnung besser ausfallen wird als im Voranschlag. Das budgetierte Defizit von drei Millionen wird sich vermutlich in Luft auflösen. Das heisst aber überhaupt nicht, dass jetzt die Zeit für Steuerfussenkungen, wie das die SVP beantragen wird, gekommen ist. Vielmehr sollen unnütze Sparübungen, die auf Kosten der Personals oder der Bevölkerung gehen, zurückgenommen werden.“



Zudem tut die Stadt gut daran, gewisse Reserven zu bilden, um die teilweise aufgeschobenen, wichtigen Investitionen der nächsten Jahre finanzieren zu können, zum Beispiel das Alters- und Spitexzentrum oder das Schulhaus Stägenbuck. Die SP/JUSO/GP-Fraktion bzw. die GRPK-Minderheit wird in der Detailberatung verschiedene Anträge zum Voranschlag stellen, namentlich auch zur Besoldungserhöhung des Personals. Je nach Ausgang dieser Abstimmungen behalten wir uns vor, eine Ablehnung bzw. Rückweisung des Voranschlags zu beantragen.“

Es wurde kein Antrag auf Nichteintreten gestellt, damit ist Eintreten beschlossen.

B. Detailberatung

1.a) Laufende Rechnung, Seiten 4 bis 73

Die Detailberatung folgt den Einzelkonten nach Abteilung:

10 Präsidium und Planung, Seiten 12 bis 20

Minderheitsantrag der GRPK:

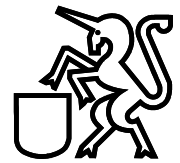
Personalstelle / Geschäftsleitung, Konto Nr. 1029.3018 Quote für Besoldungserhöhungen (inkl. PS ohne ASZ) und Konto Nr. 1690 Alters- und Spitexzentrum

Ausgabenerhöhung um Fr. 125'000.00

Betrag neu Fr. 325'000.00 S

Begründung Hans Baumann (SP):

„Die GRPK hat sich mit der in diesem Gremium höchstmöglichen Minderheit für diese Erhöhung der Quote für Besoldungserhöhungen ausgesprochen. Dies aus gutem Grund. Der Stadtrat hat die Quote für Besoldungserhöhungen von den ursprünglich vorgesehenen 300'000 Franken im Finanzplan in zwei Sparrunden auf 200'000 Franken gekürzt. Damit würde das Personal Lohnanpassungen von 0,74 Prozent erhalten. Zusätzlich ist ein Betrag von 40'000 Franken für Einmalzulagen vorgesehen. Dies ist beträchtlich unter dem, was die Privatwirtschaft und das öffentliche Personal in anderen Körperschaften 2011 zu erwarten haben. Die UBS hat in ihrer jährlichen Lohnumfrage die durchschnittlichen Lohnerhöhungen für 2011 mit 1,6 Prozent veranschlagt. Die vereinbarten Lohnerhöhungen in bisher abgeschlossenen GAV-Lohnverhandlungen belaufen sich nach Auskunft des Gewerkschaftsbundes im Bereich von 1,5 bis 3 Prozent. Im öffentlichen Sektor bewegen sich die beschlossenen Lohnanpassungen zwischen 1,5 und 2,3 Prozent. Die vom Regierungsrat im Kanton Zürich beschlossene Anpassung bewegt sich dabei am unteren Rand und beträgt 1,5 Prozent (0,3 Prozent Teuerungsausgleich, 1,2 Prozent individuelle Erhöhungen). Dies ist ziemlich genau das Doppelte als in Dübendorf dem Personal zugemutet wird. Hinzu kommen 0,2 Prozent für Einmalzulagen, was ebenfalls über dem liegt, was hierfür in Dübendorf für Einmalzulagen vorgesehen ist. Zwar beträgt die Jahresteuern im Moment nur 0,3 Prozent. Das Bundesamt für Statistik rechnet aber bis Ende Jahr mit einem Anziehen der Teuerung. Und für nächstes Jahr sieht es für das Dübendorfer Personal düster aus: Die Übernahme der Hälfte der NBU-Prämie allein macht je nach Personalkategorie 0,5-1,2 Prozent aus. Hinzu kommen die Teuerung, die mit 0,6 Prozent prognostiziert wird und die massive Erhöhung der Krankenkassenprämien, die das verfügbare Einkommen mit ca. 0,8 Lohnprozent beeinträchtigen wird. Zusammen wird dadurch die Kaufkraft des Personals 2011 um 1,9 bis 2,6 Prozent zurückgehen. Das Dübendorfer Personal kommt dabei schlechter weg als das Personal im übrigen Kanton. Der Vorschlag der GRPK-Minderheit, die Quote für Besoldungserhöhungen um 125'000 Franken zu erhöhen, ist sehr vorsichtig. Das würde nämlich eine Lohnanpassung von 1,2 Prozent ausmachen. Damit würde sich Dübendorf immer noch deutlich unter dem Kanton bewegen. Aber damit könnte wenigstens ein Teil des zu erwartenden Kaufkraftverlustes ausgeglichen werden. Ich



beantrage Ihnen deshalb, diesem Antrag zuzustimmen. Als Vertreter der rot-grünen Fraktion möchte ich noch Folgendes hinzufügen: Wir haben beschlossen, den Voranschlag 2011 abzulehnen, falls der Antrag der GRPK-Minderheit für diese bescheidene Lohnerhöhung keine Mehrheit findet.“

Allgemeine Diskussion:

Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (GEU/glp):

Die Aussagen von Hans Baumann seien ihm sauer aufgestossen. Er zitiere deshalb eine Aussage von Hans Baumann aus dem Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 14. Dezember 2009: „Die SP-Fraktion hatte sich letztes Jahr gegen die Steuerfusssenkung um 4 Prozent vergeblich gewehrt. Schon damals war absehbar, dass sich die Wirtschaftskrise auf die Steuereinnahmen negativ auswirken wird. Zwar noch nicht im Jahr 2009 aber in den folgenden Jahren. Ebenso klar war, dass sich die Sozialausgaben durch die Krise auf dem Arbeitsmarkt erhöhen werden und es einen Investitionsstau gibt, was zu einer starken Zunahme der Investitionen führen wird. Nun hat sich diese Kritik bewahrheitet: Die Steuereinnahmen stagnieren nächstes Jahr. Der Voranschlag 2010 rechnet mit einem Aufwandüberschuss von rund 5 Millionen. Wegen der lückenhaften Budgetierung der Sozialabteilung wird sich dieses Defizit noch erhöhen. Der Selbstfinanzierungsgrad wird auf 43 Prozent sinken. Die Stadt hätte also eine gewisse Reserve aus den Mehreinnahmen 2009 gebrauchen können, die ihr jetzt durch die Steuerfusssenkung verlustig gegangen ist. Und 2011 werden sich die Aussichten nochmals deutlich verschlechtern. Trotz dieser Bedenken beurteilt die SP-Fraktion die städtischen Finanzen noch einigermaßen im Lot und beantragt im Moment keine Steuerfusserhöhung, welche auch aus konjunkturpolitischen Überlegungen verfehlt wäre.“ Wenn er das lese, dann seien die eben von Hans Baumann gemachten Aussagen genau das Gegenteil. Vor zwei Jahren sei dem Stadtrat vorgeworfen worden, sie seien Optimisten. Damals habe er zu Bedächtigkeit geraten und darauf hingewiesen, dass eine Steuerfusssenkung auf längere Zeit gehalten werden könne. Erwartete Befürchtungen seien inzwischen nicht eingetroffen. Das einmalige Resultat eines Jahres zum Vorwand zu nehmen um mehr Geld auszugeben und das Gegenteil zu erzählen sei nicht in Ordnung. Er betreibe eine nachhaltige Finanzpolitik, die sich nicht nach dem Ergebnis eines einzelnen Jahres richte. Zum Antrag: Das Lohnsystem des Kantons Zürich sei nicht mit dem Lohnsystem der Stadt Dübendorf vergleichbar. In der Stadt Dübendorf gebe es keine Automatismen mehr, sondern leistungsbezogene Lohnerhöhungen. Es habe zudem keine Sparrunde bei der Personaldotation gegeben. Zum Zeitpunkt der Budgetierung habe der Kanton noch eine Nullrunde geplant. Die Stadt Dübendorf habe bewusst nicht geschaut, was der Kanton macht, sondern eine Anpassung von 0,75 Prozent geplant. Man habe damit einen vernünftigen Mittelweg gewählt, und die 0,75 Prozent einzuhalten werde aufgrund der eingegangenen Anträge knapp. Zudem handle es sich um jährlich wiederkehrende Kosten. Mit der fortwährenden Kritik der Linken am Lohnsystem werde bewusst in der Verwaltung ein schlechtes Stimmungsbild geschaffen. Selbstverständlich wollen alle mehr Lohn. Neben den Banken und Versicherung müsse man aber auch mit KMU und Handwerkern vergleichen, die in den vergangenen zehn Jahren Lohnerhöhungen unter der Teuerung gehabt hätten und zudem die Gefahr eines Stellenverlustes hätten. Insgesamt ist der Stadtrat der Meinung, ein guter und attraktiver Arbeitgeber zu sein.

Orlando Wyss (SVP):

„Es ist Hans Baumanns Beruf, dass das Personal unzufrieden ist. Denn wenn das Personal nicht unzufrieden wäre, würde sein Job überflüssig. Es erstaunt, dass es der Stadt immer wieder gelingt, gutes Personal zu finden. Die Einführung der 5. Ferienwoche bildet ein Lohnbestandteil, ebenfalls der Ausbau des Vaterschaftsurlaubes. Dies alles treibt die Lohnkosten nach oben. Mit der Überwälzung eines Anteils der NBU-Prämien auf das Personal wurde ein schon lange fälliger Schritt vollzogen. Das Personal konnte lange genug von der alten ungerechtfertigten Regelung profitieren. Wenn alle diese Verbesserungen berücksichtigt werden, ist eine Erhöhung der Lohnsumme um 125'000 Franken nicht angebracht. Mit dieser Frage die Ablehnung des gesamten Voranschlages zu verbinden ist lachhaft. Es wäre dasselbe, wie wenn die SVP sagen würde, bei einer Genehmigung des Antrages



den Voranschlag abzulehnen. Dann würde man auch sagen, dass dies eine dürftige Art zu politisieren ist.“

Marcel Drescher (GEU/glp):

„Ich mache es zum vorliegenden Thema weder spannend noch lange und nehme die Haltung der GEU/glp-Fraktion vorneweg: Wir unterstützen den Antrag des Stadtrates und der GRPK Mehrheit für eine Besoldungserhöhung von 0,75 Prozent gemäss Voranschlag 2011. Einerseits verleihen wir an dieser Stelle unserer Hoffnung Ausdruck, dass bei der Verteilung der Besoldungserhöhungen nicht die – leider viel zu oft angewandte weil einfach zu handhabende – Giesskanne ausgepackt wird, sondern gute, überdurchschnittliche Leistungen mit entsprechenden über diesen 0,75 Prozent liegenden individuellen Lohnerhöhungen honoriert werden. So betrachtet, wird die als zu tief kritisierte Erhöhung der Gesamtbesoldungssumme um 0,75 Prozent in einem gänzlich anderen Licht dargestellt. Besoldungserhöhungen sollen fair sein, zur Fairness gehört aber vor allem, dass sehr gute Leistungen belohnt werden und durchschnittliche oder sogar ungenügende Leistungen zurückstehen sollten. Die Wahrnehmung dieser Führungsaufgabe ist ein aus unserer Sicht wirksames und unverzichtbares Instrument, die Mitarbeitenden der Verwaltung zu motivieren und anzuspornen. Andererseits können wir uns durchaus vorstellen, dass neben fixen Besoldungserhöhungen in Zukunft auch Einmalzulagen für alle Mitarbeiter in Verbindung mit einem guten Rechnungsabschluss prüfenswert sind. Wir möchten den Stadtrat einladen, sich diesbezüglich Gedanken zu machen. Denn richtig eingesetzt sind Einmalzulagen hervorragend geeignet, die Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitenden zum Ausdruck zu bringen, ohne dabei mit einer fixen Besoldungserhöhung die Rechnungen potenziell weniger guten Folgejahre bereits vorzubelasten.“

Andrea Kennel (SP):

„Ich verstehe die mathematische Logik des Finanzvorstandes und der GLP nicht. Beim Kanton gibt es ausgabenmässig 1,5 Prozent mehr Lohn. In der Stadt Dübendorf gibt es durchschnittlich 0,75 Prozent mehr Lohn, mit dem Argument, dass Leistung belohnt werde. In Dübendorf gibt es durchschnittlich halb so viel Lohnerhöhung wie im Kanton. Kann ich daraus folgern, dass die Verwaltung in Dübendorf nur halb so viel Leistung erbringt?“

Hans Baumann (SP):

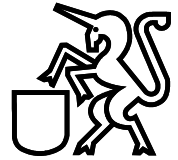
„Der Finanzvorstand hat meine Aussage von vor einem Jahr zitiert. Konrad Adenauer hat einmal gesagt: ‚Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern.‘ Das sage ich jetzt aber nicht, aber vor einem Jahr haben wir alle noch gedacht, dass uns die Krise stärker trifft. Zu den fünf Wochen Ferien: Trotzdem gibt es einen Kaufkraftverlust von über 2 Prozent im nächsten Jahr. Man kann zudem nicht dem Personal im einen Jahr etwas geben, um im nächsten Jahr dem Personal wieder eines ans Bein zu treten. Zudem profitiert nur ein Teil des Personals von der 5. Ferienwoche, während dem anderen Teil nur der Kaufkraftverlust bleibt.“

Finanzvorstand Martin Bäumle (GEU/glp):

Man könne nicht einfach nur die Zahlen miteinander vergleichen. Dübendorf habe viele junge Leistungsträger mit anderen Lohnansätzen, was man verstehen müsse, statt einfach Zahlen mit Zahlen zu vergleichen.

Hans Baumann (SP):

Es sei falsch von Martin Bäumle zu behaupten, dass es im Kanton einen allgemeinen Teuerungsausgleich von 1,5 Prozent gebe. Es gebe einen allgemeinen Teuerungsausgleich von 0,3 Prozent und eine individuelle Erhöhung um 1,2 Prozent. Zusammen gebe das 1,5 Prozent. Das System sei gleich wie dasjenige in Dübendorf.



Abstimmung:

Für den Änderungsantrag
Gegen den Änderungsantrag (für Antrag SR)

9 Stimmen
28 Stimmen

Beschluss:

Keine Änderung.

Keine weiteren Anträge, genehmigt.

11 Finanzen, Seiten 20 bis 27
Keine Anträge.

12 Hochbau, Seiten 27 bis 28
Keine Anträge, genehmigt.

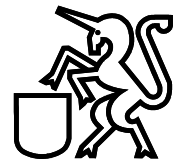
13 Tiefbau, Seiten 28 bis 33
Keine Anträge, genehmigt.

14 Sicherheit, Seiten 33 bis 39

Votum Daniel Brühwiler (GEU/glp):

„Der Stadtrat hat im Voranschlag 2011 die Finanzmittel für zwei zusätzliche Stellen bei der Stadtpolizei eingestellt. Wie der GRPK-Präsident in seinem Votum festgehalten hat, liegt der Stellenplan im Kompetenzbereich des Stadtrates. Die GRPK geht davon aus, dass die Exekutive ihren Entscheid fundiert aufgrund einer vollumfänglichen Kosten-/Nutzenanalyse treffen wird. Wir von der GEU-Fraktion erwarten von der Exekutive dasselbe wie die GRPK. Ohne einen Antrag zu stellen, scheint es uns jedoch angebracht, dem Stadtrat zwei Gedanken auf seinen Entscheidungsweg mitzugeben.

1. Den Stellenplan zu erweitern um den Aussendienstanteil zu erhöhen, ist eine ungeeignete Massnahme. Denn jeder neu eingestellte Polizist wird mit seinem Aussendienst unweigerlich auch wieder Innendienstaufgaben generieren, so dass sich letztlich der Aussendienstanteil wie ihn der Stadtrat definiert, nicht wirklich erhöhen wird. Dass sich der Aussendienstanteil mit mehr Stellen nicht erhöhen lässt, hat die Stadtpolizei selbst gezeigt, als das Korps beim Zusammengehen mit Wangen-Brüttisellen vergrössert wurde. Diese Korpsvergrösserung hat nach Aussage des Stadtrates nämlich nicht zu einer Zunahme des Aussendienstanteils geführt. Von den zwei neu geplanten Stellen ist gemäss Stadtrat die eine für den Innendienst vorgesehen; die Besetzung dieser Innendienststelle wird vom Stadtrat sogar als dringlicher eingestuft als eine zusätzliche Aussendienststelle. In der Diskussion um zusätzliche Stellen bei der Stadtpolizei ist die Argumentationsschiene mit dem Aussendienstanteil reine Schaumschlägerei und hält einer seriösen Überprüfung nicht stand. Um die zusätzlichen Kosten der vergrösserten Stadtpolizei schmackhaft zu machen, wurden im Voranschlag 2011 zusätzliche Busseneinnahmen von rund 300'000 Franken eingestellt, welche dank einer semistationären Radaranlage generiert werden sollen. Sehr geehrter Stadtrat, die semistationäre Radaranlage soll in erster Linie der Verkehrssicherheit dienen und nicht der Finanzierung der Stadtpolizei. Wenn der Stadtrat es aber ernst meint mit der Verkehrssicherheit, muss er damit rechnen, dass die semistationäre Radaranlage schon nach kurzem Einsatz nicht mehr diese traumhaften Renditen abwirft. Die



Kosten der vergrösserten Stadtpolizei gehen dann zu Lasten des Steuerzahlers. Auch daran soll der Stadtrat bitte bei seiner Entscheidung denken.“

Keine Anträge, genehmigt.

15 Entsorgung und Betriebe, Seiten 39 bis 41

Keine Anträge, genehmigt.

16 Soziales, Seiten 41 bis 50

Antrag GRPK:

Alimentenbevorschussung, Konto Nr. 1605.3661 Bevorschusste, nicht erhältliche Alimente (Ab-schreibungen):

Ausgabenerhöhung um Fr. 250'000.00

Betrag neu Fr. 450'000.00 S

Begründung Hans-Felix Trachsler (SVP):

„In unserem gut ausgebauten Sozialstaat besteht die Möglichkeit, sich die Alimente durch die Gemeinde bevorschussen zu lassen, wenn der geschiedene Partner seine Verpflichtungen nicht erfüllt. Erfahrungsgemäss begleichen nur rund 50 Prozent der Alimentschuldner ihre Schulden. Die nicht erhältlichen Guthaben schreibt die Stadt ab und bucht die Forderungen aus. In den vergangenen Jahren budgetierte die Stadt dafür jeweils 200'000 Franken. Die Aufwendungen bewegen sich im Mehrjahresvergleich um 450'000 Franken. Die GRPK ist der Ansicht, dass im öffentlichen Haushalt keine Budgetkosmetik angebracht ist und beantragt dem Gemeinderat, die effektiv benötigten Mittel im Voranschlag 2011 einzustellen und die Aufwendungen um 250'000 Franken zu erhöhen.“

Allgemeine Diskussion:

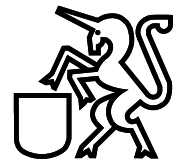
Finanzvorstand Martin Bäumle (GEU/glp):

„Es ist richtig, dass in diesem Konto in den vergangenen Jahren Budgetkosmetik betrieben worden ist. 1998 gab es in diesem Konto ein Aktivguthaben von 4 Millionen Franken. Dem Finanzvorstand wurde erklärt, dass eigentlich nichts dahinter stehe, da nur 5 bis maximal 10 Prozent davon eingehen wird. Man hat im Stadtrat entschieden, diese 4 Millionen Franken in einem guten Rechnungsjahr einmalig und vollständig abzuschreiben. Das wurde im Jahr 2000 gemacht. Seit dann wurde jeweils tiefer budgetiert als wahrscheinlich eintreffen wird im Sinne einer Budgetkosmetik. Wir hätten es uns dann erlaubt, diese Beträge sofort abzuschreiben oder in schlechten Jahren stehen zu lassen. Der Stadtrat opponiert nicht gegen den Antrag der GRPK, würde es aber selber anders machen. Wenn der Gemeinderat den Antrag der GRPK bewilligt, dann wird der Stadtrat bei diesem Konto künftig anders budgetieren. Dies ist der einzige Posten, bei dem Budgetkosmetik betrieben wird.“

Abstimmung:

Für den Änderungsantrag
Gegen den Änderungsantrag (für Antrag SR)

34 Stimmen
2 Stimmen



Beschluss:

Alimentenbevorschussung, Konto Nr. 1605.3661 Bevorschusste, nicht erhältliche Alimente (Abschreibungen):

Ausgabenerhöhung um Fr. 250'000.00

Betrag neu Fr. 450'000.00 S

Keine weiteren Anträge, genehmigt.

17 Bildung und Jugend, Seiten 50 bis 52

Keine Anträge, genehmigt.

19 Primarschule, Seiten 52 bis 59

Antrag GRPK:

Schulverwaltung, Konto Nr. 1900.3170 Spesenentschädigung:

Ausgabenkürzung um Fr. 22'000.00

Betrag neu Fr. 63'000.00 S

Begründung Hans-Felix Trachsler (SVP):

„Die Primarschule begründet die Mehrausgaben von 35'000 Franken primär mit einem grösseren Personalanlass zum Abschluss der Einführungsarbeiten für das neue Volksschulgesetz, was die GRPK etwas skeptisch stimmt. Die Primarschule beantwortete die GRPK Fragen unvollständig und stellte denn auch erst beim dritten Mal Nachfragen die für die Beurteilung nötigen Informationen zur Verfügung. Auch diese Antworten sind aus Sicht der GRPK nach wie vor wenig plausibel und die Begründungen alles andere als niet- und nagelfest. Um die Konsequenzen der nicht vollumfänglich verständlichen Detailspekte nicht auf dem Rücken des Personals auszutragen, beantragt die GRPK eine Kürzung um 22'000 Franken. Mit anderen Worten: Gekürzt werden diejenigen Aufwendungen, die bis jetzt ohne stichhaltige Begründung geblieben sind und die deutlich über dem Vorjahreswert liegen.“

Allgemeine Diskussion:

Finanzvorstand Martin Bäumle (GEU/glp):

Er entschuldige sich dafür, dass die Antworten nicht vollständig und rechtzeitig geliefert worden seien. Dies habe massgeblich damit zu tun, dass der Stadtpräsident und er bei der Schlussbesprechung mit der GRPK unterschätzt hätten, dass ein grosser Aufklärungsbedarf bestehe. Im nächsten Jahr würden bei dieser Besprechung auch der Sozialvorstand und die Schulpflegepräsidentin anwesend sein. Der Stadtrat sehe aufgrund der Auflistung der Zahlen nicht, wo 22'000 Franken gespart werden sollten, ohne dass ein Anlass anders durchgeführt werden müsste. Es klinge sehr sympathisch bei einem Spesenkonto zu kürzen. Der Stadtrat konnte davon überzeugt werden, den budgetierten Betrag im Voranschlag zu belassen und nicht eine Kürzung vorzunehmen ohne zu erklären, welche der beschriebenen Aufgaben gestrichen werden solle. Er bitte deshalb um Ablehnung des Antrages.

Hans-Felix Trachsler (SVP):

Er wolle ergänzend festhalten, dass die GRPK am 29. November den Antrag zum Voranschlag beschlossen und einige Tage später die Detailzahlen erhalten habe. Aufgrund der neu eingetroffenen Informationen habe die GRPK ihren Antrag angepasst und damit Fairness walten lassen.



Andrea Kennel (SP):

Die Kosten in diesem Konto seien 35'000 Franken höher budgetiert als bisher. 13'000 Franken davon seien begründet, die übrigen 22'000 Franken nicht. Wenn es einen guten Grund gebe, dann sei es auch sinnvoll das Geld zu sprechen.

Bildungsvorstand Edith Jöhr (BDP):

In der Primarschule gebe es jedes Jahr ein Jahresabschlussessen, an das jeweils nicht alle Mitarbeitenden, sondern nur je 200 Mitarbeitende eingeladen werden könnten. Aufgrund des Abschlusses der Einführung des Volksschulgesetzes wolle man alle Mitarbeitenden an das Jahresabschlussessen einladen, was entsprechend die höheren Kosten zur Folge habe.

Reto Steiner (SVP):

„Die GRPK hat sich mit diesem Konto auseinandergesetzt und mehrmals nachgefragt, wie die Erhöhung der Ausgaben um 35'000 zu Stande kommen. Die GRPK hat sich dafür eingesetzt, dass nicht 35'000 Franken, sondern 22'000 Franken gestrichen werden, da 13'000 Franken Mehrausgaben mit dem Abschluss des Volksschulgesetzes und dem grossen Fest begründet sind. Diese 13'000 Franken spricht auch die GRPK ihnen zu. Die übrigen 22'000 Franken sind bis jetzt nicht begründet und werden auch heute Abend wahrscheinlich nicht begründet werden. Wenn im Jahr 2010 50'000 Franken budgetiert worden sind und in der Rechnung 2009 gereicht haben, dann reichen auch im Jahr 2011 50'000 Franken, da wir ja einmalig 13'000 Franken zusätzlich zur Verfügung stellen. Ich hoffe, dass der Rat dem Antrag der GRPK folgt.“

Abstimmung:

Für den Änderungsantrag	27 Stimmen
Gegen den Änderungsantrag (für Antrag SR)	10 Stimmen

Beschluss:

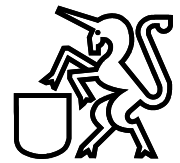
Schulverwaltung, Konto Nr. 1900.3170 Spesenentschädigung:		
Ausgabenkürzung um Fr. 22'000.00	Betrag neu	Fr. 63'000.00 S

Antrag SVP-Fraktion

1904 Grundstufe

Ausgabenkürzung um Fr. 145'850.00

		Betrag neu		Fr. 209'750.00 S
		VA 2011	Kürzungsantr.	VA 2011 neu
1904	Grundstufe			
3020	Besoldungen	0.00	0.00	0.00
3021	Besoldungen Heilpädagogische Förderlehrkraft, Kindergarten	6'000.00	2'250.00	3'750.00
3030	Sozialleistungen (AHV/ALV/UV/PK)	1'500.00	562.50	937.50
3080	Aushilfsentschädigungen	1'000.00	375.00	625.00
3090	Allgemeiner Personalaufwand	1'000.00	375.00	625.00
3102	Schul- und Leihmaterial	15'000.00	15'000.00	0.00
3113	Anschaffung Mobiliar, Geräte Grundstufe	3'500.00	3'500.00	0.00
3150	Unterhalt Mobiliar, Geräte	1'500.00	1'500.00	0.00
3170	Auslagen Ausflüge und Veranstaltungen	4'000.00	1'500.00	2'500.00
3181	Kommunikationsanbieter	1'000.00	375.00	625.00
3510	Gemeindeanteil an Kindergartenlehrerbesoldungen	254'100.00	95'287.50	158'812.50
3515	Sozialleistungen auf Kindergartenlehrerbesoldungen	67'000.00	25'125.00	41'875.00
Summe		355'600.00	145'850.00	209'750.00



Begründung Patrick Walder (SVP):

„Die SVP-Fraktion beantragt Ihnen eine Kürzung von 145'850 Franken bei der Kontogruppe 1904 Grundstufe. Im Juni 2010 hat das Institut für Bildungsevaluation der Universität Zürich gemeinsam mit dem Institut für Lehr- und Lernforschung der Pädagogischen Hochschule St. Gallen im Auftrag der Erziehungsdirektorenkonferenz Ost den 156-seitigen Schlussbericht zum Grundstufenversuch präsentiert. Somit ist die Evaluation des Versuchs abgeschlossen und der Versuch ist zu beenden. Es geht heute Abend nicht um den pädagogischen Wert der Grundstufe sondern alleine um die Rechtmässigkeit. Gemäss Bildungsgesetz des Kantons Zürich §11 kann der Regierungsrat zur ‚Beschaffung von Entscheidungsgrundlagen für die Weiterentwicklung des Bildungswesens Versuche anordnen‘. Mit dem oben erwähnten Schlussbericht der EDK-OST ist die Entscheidungsgrundlage geschaffen, was bedeutet, dass die Grundlage für den Grundstufenversuch nicht mehr vorhanden ist. Auf die Frage an den Stadtrat nach den gesetzlichen Grundlagen für die Budgetierung der Grundstufe verwies er auf den Regierungsratsbeschluss vom 7. Juli 2010. Dieser Regierungsratsbeschluss bezieht sich aber nicht auf das Budget, welches wir jetzt behandeln. Der Grundstufenversuch ist gemäss Schlussbericht und Bildungsgesetz abgeschlossen, daher bestehen für die Budgetierung des Kontos 1904 keine Gesetzesgrundlage mehr. Da der Grundstufenversuch in Dübendorf frühestens per 15. August 2011 abgeschlossen werden kann, beantragen wir nicht eine Streichung auf null sondern lediglich eine Streichung von ca. 4,5/12, also eine Streichung der Kosten ab dem 15. August 2011. Ich bitte Sie im Sinne der Gesetzmässigkeit dem Antrag der SVP-Fraktion zu zustimmen.“

Allgemeine Diskussion:

Finanzvorstand Martin Bäumle (GEU/glp):

Der Antrag sei dem Stadtrat nicht zur Diskussion vorgelegen. Auch wenn ein Teil dessen, was Patrick Walder gesagt habe, stimmte, so fielen bei einem Wegfall der Grundstufe ab August nicht sämtliche Kosten weg, da die Kinder in einer anderen Form eingeschult werden müssten. Es könne also keine lineare Kürzung vorgenommen werden, da die Kosten bei anderen Konten anfielen. Er gehe davon aus, dass die Primarschule ohne gesetzliche Grundlage die Grundstufe ab nächstem Schuljahr nicht weiterführe und das Geld entsprechend nicht ausbebe. Der Voranschlag sei eine Ermächtigung des Gemeinderates an den Stadtrat und die Primarschulpflege. Ohne gesetzliche Grundlage würde das Geld aber nicht ausgegeben bzw. die Kosten fielen auf anderen Konten an.

Bildungsvorstand Edith Jöhr (BDP):

Sie bitte ebenfalls darum, den Antrag abzulehnen. Der Regierungsrat habe beschlossen, die Grundstufe bis 2014 weiterzuführen. Es würden Modelle ausgearbeitet, wie der Übergang von der Grundstufe auf den Kindergarten und den Schulbetrieb gestaltet werden solle, da dies nicht einfach so erfolgen könne.

Patrick Walder (SVP)

Gemäss Bildungsgesetz §11 müsse der Versuch befristet sein. Dies sei der Fall gewesen mit einer Befristung bis 2009. Dann habe man diesen Versuch bis 2011 verlängert, weil die Evaluation gefehlt habe. Diese liege jetzt aber vor. Auf den Regierungsratsbeschluss könne man sich nicht stützen, da in diesem Beschluss die Verlängerung ab Sommer 2012 bis im Sommer 2014 geregelt werde. Diese Zeitspanne betreffe aber nicht den Voranschlag 2011. Der Versuch müsse abgeschlossen werden, da die Evaluation vorliege.

Thomas Maier (GEU/glp):

Im Kantonsrat habe man vor einigen Wochen über die Grundstufe diskutiert. Man könne es korrekt so formulieren, wie Patrick Walder es ausgeführt habe: Der Versuch sei mit der Zeitspanne gestartet worden, wie Patrick Walder sie genannt habe. Ein breit abgestütztes Komitee habe die Prima-



Initiative lanciert, welche die Fortsetzung dieses Versuches fordere. Der Kantonsrat habe vor drei Wochen beschlossen, dass der Regierungsrat dazu einen Gegenvorschlag ausarbeiten müsse mit der Stossrichtung, dass es Gemeinden freigestellt sei, ob sie eine Grundstufe schaffen oder zum alten Modell zurückkehren wollten. Der Regierungsrat hat inzwischen beschlossen, den Versuch zu verlängern. Er erachte es als eine ad-hoc-Übung, diesen Betrag jetzt aus dem Voranschlag 2011 zu streichen, obwohl auf kantonaler Stufe noch nicht entschieden sei, wie es mit der Grundstufe weitergehe. Solange diese Frage noch offen sei schlage er vor, den Betrag im Voranschlag zu belassen.

Andrea Kennel (SP):

In der GRPK sei dieses Thema ebenfalls bereits diskutiert worden. Man habe vom Stadtrat die Antwort erhalten, wonach die Stadt den Versuch weiterführen dürfe. Sie habe Patrick Walder schon in der GRPK darauf hingewiesen, dass er zur Abschaffung der Grundstufe einen politischen Vorstoss lancieren solle, und dies nicht in der Budgetdebatte zu versuchen.

Abstimmung:

Für Änderungsantrag
Gegen Änderungsantrag

9 Stimmen
26 Stimmen

Beschluss:

Keine Änderung.

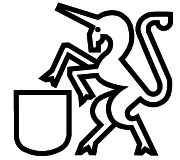
Antrag Andrea Kennel (SP):

Tagesbetreuung Krippe, Konto Nr. 1922.4321 Pensionsgelder Krippe
Ertragsminderung um Fr. 55'000.00

Betrag neu Fr. 165'000.00

Begründung Andrea Kennel (SP):

„Am 1.12.1990, also vor fast genau 20 Jahren, sind wir mit einem Kleinkind nach Dübendorf gezogen. Vorgängig hatte ich mich über familienexterne Kinderbetreuung informiert, da für unsere Familie klar war, dass wir unseren Sohn teilweise fremdbetreuen lassen wollen. Grund für die Fremdbetreuung war, dass sowohl mein Mann als Informatiker als auch ich, ebenfalls ETH-Informatikerin, teilweise berufstätig bleiben wollten. Mit meinen Nachforschungen zu den Betreuungsmöglichkeiten in Dübendorf war ich positiv überrascht. In Dübendorf galt damals für alle familienexternen Kinderbetreuungen dieselbe Tarifska. So konnten wir uns unabhängig von den Finanzen überlegen, ob wir für unseren Sohn die städtische Krippe oder eher Tageseltern als geeignet einstufen. Auch für den Hort galt dieselbe Tarifska. Diese Koordination der Tarife überraschte uns sehr positiv, denn sie ist nicht nur familien- sondern auch sehr kinderfreundlich. Nun die Geschichte seither kennen Sie. Die Tarife von Tageseltern, Hort und Krippe waren bis Anfang 2010 identisch. Erst seit 1. Januar dieses Jahres sind die Tarife für die Krippe höher als die für Hort und Tageseltern. Da hat Dübendorf ein wichtiges Prinzip, das sich über Jahrzehnte bewährt hat grundlos verworfen. Mit unserem Antrag möchten wir es der Schulpflege ermöglichen, hier wieder zum altbewährten Konzept zurück zu gehen und die Kripentarife den Horttarifen anzupassen. Das ist für uns ein absolutes Minimum, denn prinzipiell ist es doch sehr fraglich, wie sinnvoll die massive Erhöhung aller Tarife ab 1. Januar 2010 ist. Zwar wurde eine Erhöhung des Deckungsbeitrages im Hort in einer Volksabstimmung beschlossen. Die Umsetzung wäre aber auch mit einer besseren sozialen Durchmischung möglich. So gesehen ist die Erhöhung der Tarife überzogen. Das kann aber nicht mit dem Budget korrigiert werden. Was wir mit dem



Budget korrigieren können, ist die Abweichung vom einheitlichen Tarif. Konkret verlangen wird, dass im Jahr 2011 gegenüber der Rechnung 2009 40'000 Franken Mehreinnahmen budgetiert werden und damit gleich viel wie im Budget 2010. Vor 20 Jahren war die familienexterne Kinderbetreuung einer der Gründe nach Dübendorf zu ziehen. Ehrlich gesagt weiss ich nicht, ob das für uns heute immer noch so wäre. Die Frage stellt sich für uns heute aber nicht mehr, unser Sohn ist erwachsen. Trotzdem aber ist es wichtig, dass auch heute Dübendorf für junge, aktive Familien interessant bleibt. Ein einheitlicher Tarif für Hort, Krippe und Tageseltern ist dabei nicht nur hilfreich, sondern auch sehr sinnvoll. Daher bittet die SP/JUSO/Grüne-Fraktion die anderen Fraktionen uns hier zu unterstützen.“

Allgemeine Diskussion:

Jacqueline Hofer (SVP):

Man wisse genau, dass in Dübendorf genügend Plätze vorhanden seien, und dass man dafür auch faire Preise verlangen könne. Es sei traurig, dass immer wieder nach Anreizsystemen gesucht werde, um Kinder in staatliche Obhut zu geben. Dabei hoffe man doch, dass die Kinder wohlbehütet seien und ihnen Werte vermittelt würden, welche einem selber von seinen Eltern vermittelt wurden. Sie hoffe, dass die Ratsmitglieder daran denken, dass ein Umdenken stattfinden müsste und die Familien entlastet würden, welche ihre Kinder selber betreuten. Das egoistische System, wonach nur darauf geschaut werde, dass Kinder in staatliche Obhut gebracht würden, könne sie nicht verstehen. Sie habe jedoch Verständnis, wenn bedürftige Familien eine Krippe benützen, aber nicht, dass Anreizsysteme dafür geschaffen würden. Sie bitte deshalb um Ablehnung des Antrages.

Hans Baumann (SP):

Er wolle Jacqueline Hofer etwas fragen. Ihre Partei sei doch immer sehr bemüht, am Puls der Bevölkerung zu sein. Ob sie wisse, wie gross der prozentuale Anteil an Müttern mit Kindern zwischen 0 und 15 Jahren sei, welche berufstätig seien. Drei Viertel aller Mütter mit Kindern zwischen 0 und 15 seien berufstätig. Die Hälfte davon arbeite zwischen 50 und 100 Prozent. Es brauche keine Anreize, um Mütter zum Arbeiten zu bringen. Übrigens hat die Stadt im Budget einen Betrag für Mütter, welche ihre Kinder zuhause betreuten, es gibt also eine Gleichberechtigung, wenn auch die Krippen subventioniert würden. Es sei Tatsache, dass die Stadt heute von den Krippen 100'000 Franken mehr oder fast doppelt so viel einnehme bei den Elternbeiträgen als vor zwei Jahren, wobei etwa dieselbe Zahl von Kindern betreut werde. Dies sei nicht gerechtfertigt und müsse korrigiert werden. Man müsse der Primarschule die Gelegenheit geben, diese Progressionskurve der Elternbeiträge abzufachen

Patric Crivelli (SVP):

Er weise darauf hin, dass im Rat jeweils nur eine Person spreche. Wenn eine Person direkt angesprochen werde, dann könne diese sich in einem anschliessenden Votum dazu äussern. Er bitte ausserdem darum, nur zu vorliegenden Anträgen zu diskutieren und nicht über allgemeine politische Themen.

Jacqueline Hofer (SVP):

Sie stelle den Ordnungsantrag, dass ein Redner beim Thema bleiben sollte. Sie habe festgestellt, dass Hans Baumann sich in seinem letzten Votum immer um dasselbe Thema gedreht habe, und sie bitte um eine Behandlung der Geschäfte, da ansonsten eine künstliche Verzögerung entstehe.

Patric Crivelli (SVP):

Er frage Jacqueline Hofer nach dem Inhalt ihres Ordnungsantrages.

Jacqueline Hofer (SVP):

Es mache keinen Sinn, dass Hans Baumann drei- bis viermal zu einem Thema das Wort ergreife, zu welchem er bereits ein Votum gehalten habe.



Patric Crivelli (SVP):

Er nehme diese Äusserung zur Kenntnis.

Hans Baumann (SP)

Er habe in seinem letzten Votum zum Krippentarif gesprochen und davor zur Besoldung des Personals, also immer zum gerade besprochenen Thema.

Finanzvorstand Martin Bäumle (GEU/glp):

Er bitte den Gemeinderat um Ablehnung des Antrages von Andrea Kennel. Der Stadtrat begrüsse es, wenn die Tagesbetreuung in Dübendorf richtig angeboten werde. Es zeige sich in der Statistik, dass Dübendorf bei diesen Angeboten nicht schlecht dastehe. Bezüglich Kostenstruktur habe man eine Entwicklung durchgemacht, welche durch das Parlament und eine Volksabstimmung bestätigt worden sei.

Andrea Kennel (SP):

Sie müsse den Finanzvorstand korrigieren. Man habe eine Volksabstimmung über den Hort gehabt. Im Gemeinderat habe man zudem über eine Vorlage zu Kinderkrippen diskutiert, welche aber an den Stadtrat zurückgewiesen worden sei und nie vor das Volk kam. Für eine Erhöhung des Krippentarifes gebe es demnach keinen legitimen Grund und schon gar keine Volksabstimmung. Aus unerklärlichen Gründen wurden die Tarife bei den Krippen stärker angehoben als beim Hort, wo die Tarifierhöhungen durch die Volksabstimmung bewilligt worden seien.

Abstimmung:

Für Änderungsantrag
Gegen Änderungsantrag

8 Stimmen
23 Stimmen

Beschluss:

Keine Änderung.

Keine weiteren Änderungen, genehmigt.

Schlussabstimmung zur bereinigten Laufenden Rechnung:

Zustimmung zur geänderten Laufenden Rechnung des VA 2011
Ablehnung der geänderten Laufenden Rechnung des VA 2011

30 Stimmen
6 Stimmen

Mit 30 zu 6 Stimmen hat der Gemeinderat der geänderten Laufenden Rechnung des VA 2011 zugestimmt.

1.b) Investitionsrechnung, Seiten 74 bis 78

Keine Anträge.

Schlussabstimmung zur bereinigten Investitionsrechnung:

Zustimmung zur geänderten Investitionsrechnung des VA 2011
Ablehnung der geänderten Investitionsrechnung des VA 2011

36 Stimmen
0 Stimmen



Mit 36 zu 0 Stimmen hat der Gemeinderat der geänderten Investitionsrechnung des VA 2011 zugestimmt.

Gemeinderatspräsident Patric Crivelli (SVP) weist darauf hin, dass zu den folgenden Teilen des Voranschlages nicht direkt Anträge gestellt werden können. Falls ein Antrag gestellt wird, werde dieser als einen Rückkommensantrag betrachtet, und es wird eine Präzisierung des Antrages in der Laufenden Rechnung bzw. der Investitionsrechnung verlangt.

1. c) Abschreibungstabelle, Seite 79 bis 81

Keine Anträge.

1. d) Bericht zum Voranschlag, Seite 82 bis 94

Keine Anträge.

1.e) Gesamtergebnis, Seiten 1 bis 3

Keine Anträge.

2. Steuern

1. Festsetzung Steuerertrag 100 Prozent

Fr. 53'000'000

Keine Bemerkungen.

2. Steuerfuss

Antrag Stadtrat gemäss Voranschlag:

90 Prozent

Antrag GRPK, Hans-Felix Trachsler (SVP):

90 Prozent

„Finanziell entwickelte sich die Stadt Dübendorf in jüngster Zeit sehr erfreulich. Die Resultate übertrafen in der Vergangenheit die geplanten Werte wesentlich. Die Stadt führte die Verschuldung im Mehrjahresvergleich markant zurück. Finanzvorstand Martin Bäumle budgetierte die Steuern tendenziell eher vorsichtig. Die Perspektiven für 2011 und 2012 sind etwas gedämpft, da sich die Auswirkungen einer geplanten Steuergesetzrevision und der Ausgleich der kalten Progression noch nicht abschätzen lassen. Eine deutliche Mehrheit der GRPK unterstützt den Stadtrat in seiner Steuerfusspolitik mit dem Primat eines möglichst langfristigen stabilen Steuersatzes. Die im Mehrjahresvergleich markant reduzierten Verpflichtungen erlauben es nun der Stadt Dübendorf, höhere Investitionen vorzunehmen ohne gleichzeitig den Steuerfuss wieder anzuheben. Eine leichte Zunahme der Verschuldung lässt sich gut verantworten, zumal seit mehr als zwei Jahren die Kapitalmarktzinsen auf einem Rekordtief verharren.“

Minderheitsantrag GRPK Patrick Walder (SVP):

87 Prozent

„Die GRPK-Minderheit beantragt Ihnen heute Abend eine Steuerfusssenkung um 3 Prozent auf neu 87 Prozent. Vielleicht mögen Sie sich noch erinnern. Mein Referat vor einem Jahr hielt ich unter dem Motto ‚Alle Jahre wieder‘. Es ist also höchste Zeit die Vergangenheit zu analysieren und die Lehren aus den Fehlern zu ziehen. Beginnen wir mit dem Analysieren: Am 07. Dezember 2007 durfte ich das



erste Mal eine Steuersenkung vor dem Gemeinderat vertreten. Ich sprach davon, dass die Steuereinnahmen auf dem Konto 1145.4002 'Ordentliche Steuern früherer Jahr' für das Jahr 2008 massiv zu tief budgetiert wurden. Der Finanzvorstand warf mir die 'Milchbüchlein-Rechnung à la Walder' vor und ich wolle das Silber der Stadt verscherbeln. In der Jahresrechnung 2008 war ersichtlich, dass sich der Stadtrat doch besser an das Milchbüchlein gehalten hätte, denn er hat sich im erwähnten Konto um 8'855'257.64 Franken verschätzt. Am 01. Dezember 2008 nahm ich den nächsten Anlauf zur Steuerfuss-senkung. Ich sprach davon, dass die Steuereinnahmen im Budget 2009 auf dem Konto 1145.4002 um 4 Millionen Franken zu tief eingesetzt sind. Der Jahresrechnung 2009 kann man entnehmen, dass der Überschuss auf genau diesem Konto 4,6 Millionen Franken beträgt. Im vergangenen Jahr, als es um den Steuerfuss für 2010 ging, bin ich in meinem Referat von Mehreinnahmen zwischen 3 und 4 Millionen Franken ausgegangen. Gemäss Hochrechnungszahlen im Voranschlag ist von höheren Steuererträgen von über 13 Millionen Franken auszugehen. Sie können jetzt natürlich behaupten, ich hätte nur Glück gehabt und vielleicht hatte ich das auch. Aber erkennen Sie nicht das Muster? Fakt ist, dass der Stadtrat die aktuellen Hochrechnungen zur Verfügung hat. Fakt ist, dass der Stadtrat die aktuelle Entwicklung der Bevölkerung kennen muss. Fakt ist, dass der Stadtrat mit guten Steuerzahlern das Gespräch suchen muss, um die Steuereinnahmen abzuschätzen. Fakt ist, dass die SVP-Fraktion immer näher an der Wirklichkeit gelegen hat als der Finanzvorstand. Und eine Vermutung von mir ist, dass der Stadtrat bei der Steuerfussdebatte nur finanzpolitisch agiert und nicht nach dem Grundsatz der Budgetwahrheit. Geschätzte Mitte-Parteien, wie lange wollen Sie noch die Augen verschliessen und wie viele Argumente werde ich hier vorne noch vorbringen müssen, bis Sie uns glauben, dass die Einschätzungen des Stadtrats nicht defensiv sondern einfach falsch sind? Helfen Sie mit der Budgetwahrheit näher zu kommen und unterstützen Sie unseren Antrag. Erlauben Sie mir noch schnell einige Gegenargumente bereits vorweg zu nehmen in der Hoffnung die anschließende Diskussion zu verkürzen. Wirtschaftskrise: Wie stark kann die Wirtschaftskrise die Steuereinnahmen von Dübendorf im Jahr 2011 beeinträchtigen bei gerade einmal zirka 14 Prozent juristischer Personen? Die anstehenden Investitionen sind ebenfalls keinen Grund dafür, den Steuerfuss nicht zu senken. Gemäss neuem Gemeindegesetz ist die überfällige Abschaffung der zusätzlichen Abschreibungen vorgesehen. Hingegen wird eine Vorfinanzierungskategorie auf Stufe Eigenkapital eingerichtet. Dies lässt zu, dass die Investitionen über diese Kategorie vorfinanziert werden können. Einen ersten Einschuss in diese Vorfinanzierung werden wir über die Neubewertung des Anlagevermögens erfahren. Als kleine Nebenbemerkung. Die Abschaffung der zusätzlichen Abschreibungen haben nicht nur bürgerliche Politiker vorangetrieben sondern in erster Linie der Preisüberwacher. Denn auch der hat erkannt, was für Spielchen die Gemeindeexekutiven mit den Steuerzahlern spielen. Und jetzt noch zum letzten Argument gegen die Steuerfuss-senkung welches jedes Jahr folgt, das Ziel eines langfristig stabilen Steuerfusses: Trotz der Senkung, welche wir für das Jahr 2008 beantragt haben, wäre der Steuerfuss stabil geblieben. Die Senkung hätte unter Berücksichtigung der ordentlichen Steuern und der Steuern Vorjahre etwa 2 Millionen Franken pro Jahr ausgemacht. Berücksichtigt man, dass der Stadtrat in den letzten drei Jahren über 35 Millionen Franken zu wenig Steuereinnahmen budgetiert hat, hätten diese 6 Millionen Mindereinnahmen nicht zu einer Steuerfusserhöhung geführt. Geschätzte Ratsmitglieder, ich fordere Sie nochmals auf, entscheiden Sie nicht gemäss Prognosen des Stadtrats, sondern gemäss den Fakten, und stimmen Sie dem Antrag zur Senkung des Steuerfusses um 3 Prozent zu."

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (GEU/glp):

Den ganzen Abend habe man von der Ausgabenseite gesprochen. Der Gemeinderat habe 22'000 Franken gestrichen, bei denen der Stadtrat der Meinung war, diese nicht zu streichen. Das Resultat in der aktuellen Hochrechnung sehe um 3 Millionen Franken höhere Ausgaben als budgetiert vor, was 5 bis 10 Steuerprozenten entspreche. Er habe keinen Gemeinderat gehört, wie dieses Problem gelöst werden solle, auch keiner der SVP. Das gleiche Problem habe man auch mit dem Budget, wo

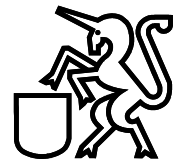


der Aufwand um 3,5 Millionen Franken oder einer Steigerungsrate von 6 Prozent ansteige. Auf der Ertragsseite habe man das Glück, dass im Jahr 2011 dank den höheren Steuereinnahmen aus den Vorjahren mit 5 Millionen Franken Mehreinnahmen gegenüber dem Finanzplan gerechnet werden könne. Zudem seien hohe Investitionen geplant. Kein Gemeinderat habe erwähnt, welche Investitionen nicht getätigt werden sollte, im Gegenteil, die Aussage sei gewesen, dass sich die Stadt nichts leiste, was nicht auch nötig sei. Unter dieser Prämisse sehe das nächste Budgetresultat ein Minus von 4 Millionen Franken vor und einer Verschuldung von 10 Millionen Franken, beim politischen Gut 5 Millionen – eine verantwortbare Verschuldung. Dies seien die Fakten auf der Aufwandseite. Bei den Zielen des Stadtrates im Finanzplan sehe man, dass man sich überall in einer Grauzone bewege, ob diese Ziele erreicht werden können. Es sei typisch, dass man einen Abend lang über das Budget spreche, über die Aufwandseite, und am Schluss diskutiere, was man mit den Steuererträgen machen sollte. Die Stadt Dübendorf habe es in den vergangenen Jahren geschafft, dank einer umsichtigen Ausgabenpolitik und Glück auf der Einnahmenseite die Schulden markant zu reduzieren. Bei einer weiteren Reduktion des Steuerfusses stiegen die Schulden im Grundsatz schneller an, und die Schulden von heute seien die Zinsen von morgen. Dank dem Abbau der Schulden habe man in den vergangenen Jahren auch eine deutliche Reduktion der Zinskosten erreicht. Heute schmerzten diese Zinskosten nicht so sehr, da die Zinsen tief seien, doch kämen auch wieder andere Zeiten. Man habe gerade in der Finanzkrise gesehen, welche Folgen eine übermässige Verschuldung haben könnten. Vor einem Jahr der Stadtrat bei seinem Antrag um eine Steuerfussenkung um 4 Prozent von beiden Seiten angegriffen worden, die einen wollten den Steuerfuss noch stärker senken, die anderen unverändert belassen oder anheben. Der Stadtrat habe mit seinem Antrag, welcher aufgrund des Finanzplans nachhaltig scheint, richtig gelegen. Bezüglich der Steuerprognose ginge es immer auch um die aktiven und passiven Steuerauscheidungen der Vorjahre. Er habe in der GRPK transparent darüber informiert, weshalb das diesjährige Rechnungsergebnis so gut ausfalle. Er erachte es als unanständig und unseriös, wenn ein Vertreter der GRPK so tue, als ob es diese Fakten nicht gebe, und dies im Wissen, dass der Finanzvorstand vor dem Gemeinderat diese Fakten nicht verwenden könne, und dass man nicht davon ausgehen könne, dass es in den nächsten Jahren wie in diesem Jahr weitergehe. Sollte der Gemeinderat den Steuerfuss um 3 Prozent senken, so werden der Stadtrat und der Finanzvorstand dies als Auftrag entgegennehmen, jährlich wiederkehrende Kosten in der Höhe von 1,5 bis 2 Millionen Franken zu streichen. Er habe jedoch bereits erwähnt, dass der Stadtrat einen solchen Sparkurs nicht als zielführend erachte, und auch aus dem Gemeinderat seien dazu keine Anträge eingegangen. Solange die Stadt Dübendorf eine Verschuldung zu verzinsen habe, sei eine übermässige Steuerfussenkung nicht angebracht. Er bitte deshalb um Ablehnung des Antrages.

Allgemeine Diskussion:

Patrick Walder (SVP):

Er wolle dringend berichtigen, dass er von keinen Zahlen gesprochen habe, welche er Diskussionen in der GRPK habe entnehmen können. Seine Zahlen basierten auf Prognosen, welche er und seine Fraktion aus Zahlen aus den Voranschlägen der Jahre 2008 bis 2011 berechne, aber ohne weitere Hintergrundzahlen, schon gar nicht aus der GRPK. Man solle aufhören, von Investitionen zu sprechen, und stattdessen das neue Gemeindegesetz lesen, das von Nachhaltigkeit und Langfristigkeit spreche. Man müsse das neue Gemeindegesetz in der Planung berücksichtigen. Damit entstünde die grösste Belastung bei Investitionen durch zusätzliche Abschreibungen, die es dann durch die neue Kategorie Vorfinanzierung auf Stufe Eigenkapital, was die Erfolgsrechnung nicht belaste. Das zu kleine Steuersubstrat könne durch eine Steuersenkung angehoben werden. Wieso wolle die Stadt Dübendorf einen langfristigen Steuerfuss? Es gebe dafür ein einziges Ziel: Damit Unternehmen wüssten, wie hoch ihre Steuerbelastung sei. Man solle jedoch aufhören mit der Diskussion um einen stabilen Steuerfuss aufhören, dieser spiele gar keine Rolle. Man habe innerhalb eines Jahres eine Euro-Schwankung von über 15 Prozent, beim Dollar sehe es nicht besser aus. Da käme es auf eine Ände-



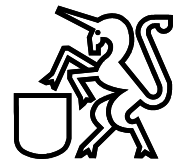
zung des Steuerfusses um 3 Prozent überhaupt nicht an. Entscheidend sei, dass Dübendorf attraktiv sei und bleibe, wozu der stabile Steuerfuss nicht relevant sei.

Andrea Kennel (SP):

„Bereits in der Detaildebatte habe ich erwähnt, dass Dübendorf finanziell besser da steht als auch schon. Die getätigten Sparmassnahmen und auch die wirtschaftliche Erholung haben Wirkung gezeigt. Die neuen Regelungen im Sozialbereich werden Auswirkungen haben. Wir haben gehört, dass es bereits in diesem Jahr im Sozialbereich Mehrkosten gebe. Wir haben wegen der neuen Pflegefinanzierung mehr budgetiert, ob dies ausreicht wissen wir aber noch nicht. Im Sozialbereich haben wir eine grosse Ungewissheit, und es wäre gut, wenn man auch in diesem Bereich genauer budgetiert, was scheinbar nicht möglich sein soll. Generell müssten wir uns aber überlegen, welcher der doch spürbaren und teils schmerzlichen Sparmassnahmen wir mit der Zeit aufheben sollten. Diese waren wichtig, um die Finanzen in einer kritischen Situation im Griff zu halten und den Steuerfuss stabil zu halten. Für mich ist aber klar, dass wir nun zuerst diese Massnahmen rückgängig machen müssen bevor wir den Steuerfuss destabilisieren. Einen Punkt haben wir heute bereits diskutiert: die Kürzung der Hilfsaktionen. Ein anderer Punkt ist die Altersbeihilfe. Diese wurde als Sparmassnahmen gegen den Willen der SP-Fraktion beschlossen. Diese Massnahme und auch das Sparen beim Personal muss endlich aufgehoben werden. Zur Attraktivität der Stadt kann beim Vergleich der Steuerkraft mit dem kantonalen Durchschnitt gesagt werden, dass die Steuerkraft sinkt, seitdem der Steuerfuss gesenkt wird. Vielleicht sollte man die Zahlen einmal so betrachten. Die SP/JUSO/Grüne-Fraktion beantragt, den Steuerfuss zu belassen.“

Orlando Wyss (SVP):

Wer zum ersten Mal in einer Budgetdebatte dabei ist, werde vom Votum des Finanzvorstandes sehr beeindruckt sein. Er habe als guter Rhetoriker mit dramatischen Worten die Situation geschildert, weshalb die Steuerfussenkung nicht machbar sei. Es sei ihm auch so gegangen, als er zum ersten Mal den Wortschwall und die Powerpoint-Präsentation erlebt habe. Das Problem sei jedoch, dass er diese Präsentation schon oft gesehen habe, bereits zum 11. Mal. Vor einem Jahr habe ich auf ein Jubiläum in diesem Jahr hingewiesen, und das sei nicht die zehnjährige Mitgliedschaft im Gemeinderat, sondern das Verfehlen des Budgets um über 100 Millionen Franken. Er habe von Martin Bäumle noch nie ein ausgeglichenes Budget gesehen, so sei ein Defizit von 5 Millionen Franken budgetiert worden. Martin Bäumle wende wie immer die Salomitaktik an und informiere scheibenweise über die Verbesserungen Rechnung gegenüber den Voranschlag. Was ihn auch erstaune sei die Beurteilung der allgemeinen Lage. Man sei im Kanton daran das Budget auf kantonaler Ebene zu erstellen. Komischerweise kämen die Fachleute beim Kanton zu einem anderen Schluss, in dem die Steuereinnahmen im Jahr 2011 gegenüber dem Jahr 2010 höher eingeschätzt werden, und auch die Rechnung 2010 sei schon einiges besser als der entsprechende Voranschlag. Er gehe davon aus, dass für die Budgetierung überall dieselben Grundsätze gelten. Martin Bäumle habe die Schulden angesprochen. Es sei das ganz grosse Plus, und die SVP habe es immer unterstützt, dass mit Mehrerträgen die Schulden abgebaut werden. Man sei jetzt auf einem Level, von dem man sagen könne, dass die Schuldenlast jetzt erträglich sei, da sei er mit Bäumle einer Meinung, und dass jeder Franken in die Schuldentilgung investiert werden müsse. Die Schulden seien aber nicht so hoch wie das Finanzvermögen, und der Gemeinderat habe an der letzten Gemeinderatssitzung die Kompetenz gegeben, die Schulden um 18 Millionen Franken zu vergrössern. Man habe dies gemacht, weil man wisse, dass Schulden nicht gleich Schulden seien. Eine Investition in das Finanzvermögen sei sinnvoll. Die Steuerkraft pro Einwohner sinke, was schlecht sei. Dies heisse nichts anderes, als dass zu wenig gemacht würde, damit gute Steuerzahler nach Dübendorf ziehen. Bei der Eröffnung der Glattalbahn sei viel von Stadtentwicklung gesprochen worden. Die Stadt Dübendorf habe mit dem Hochbord, Giesen und dem Zwicky-Areal drei Gebiete der Stadtentwicklung. Man müsse schauen, dass bei der Entwicklung dieser Gebiete die richtigen Signale gesendet würden. Es sei wichtig, attraktive Rahmenbedingungen zu haben, und dazu gehöre auch der Steuerfuss, und man habe die Möglichkeit



den Steuerfuss zu senken, da mit System und über Jahre Millionenbeträge falsch budgetiert würden. Man könnte den Steuerfuss um 10 Prozent senken, aber die SVP wolle die Schulden abbauen, eine gewisse Stabilität gewährleisten und die Attraktivität Dübendorfs steigern. Er habe gelesen, dass es im Gemeinderat eine bürgerliche Mehrheit gebe, und wer sich zu den Bürgerlichen gesellt, der sollte die Werte guter Rahmenbedingungen für die Wirtschaft ebenfalls unterstützen und die Senkung des Steuerfusses um 3 Prozent zu genehmigen.

Thomas Maier (GEU/glp):

Man habe von Orlando Wyss und der SVP einige Äusserungen gehört, jedoch hätten ihm dabei sachliche Argumente gefehlt. Es werde nicht besser, wenn man den Stadtrat ins Lächerliche ziehe und die Präsentation des Stadtrates abwerte. Er weise zudem darauf hin, dass der Stadtrat die Vorlage zu vertreten habe, und wenn die SVP den Stadtrat lächerlich machen wolle, dann meine sie den Gesamtstadtrat und nicht nur den Finanzvorstand. Er habe in seinem heutigen Eintretensvotum zum Voranschlag im Kantonsrat festgestellt, dass der Staat und die Gemeinden im Gegensatz zur Privatwirtschaft träge seien und dadurch nicht so schnell auf Konjunkturzyklen reagieren könnten. Man müsse deshalb primär dafür sorgen, möglichst stabile Verhältnisse zu schaffen. Dies sei möglich, indem man darüber entscheiden könne, wie hoch die Einnahmen aus Steuern seien, aber auch dadurch, indem man das Ausgabenwachstum im Griff zu haben. Für die Beibehaltung des heutigen Steuerfusses spreche, dass die SVP an vorderster Front zusammen mit der Zürcher Regierung eine Steuergesetzrevision befürworteten, welche bei einer Annahme zu Einnahmeausfällen bei den Gemeinden führe. Dazu komme der neue Finanzausgleich, welcher voraussichtlich ebenfalls ab 1.1.2012 in Kraft trete. Für die Stadt Dübendorf würde dieser Finanzausgleich positiv ausfallen, aber die SVP habe dagegen das Referendum ergriffen. Diese Unsicherheiten führten zu nicht abschätzbaren Folgen, weshalb für stabile Verhältnisse gesorgt werden müsse. Der Stadtrat habe in der Vergangenheit bewiesen, dass er dies könne und dass er auch den Steuerfuss senke, wenn es denn möglich sei.

Orlando Wyss (SVP):

Er weise darauf hin, dass das konstruktive Referendum der SVP gegen den Finanzausgleich die Stadt Dübendorf nicht betreffe, sondern die Städte Zürich und Winterthur.

Finanzvorstand Martin Bäumle (GEU/glp):

Orlando Wyss habe recht, die Stadt Dübendorf habe in den vergangenen zehn Jahren tatsächlich Mehreinnahmen gegenüber dem Voranschlag von über 100 Millionen Franken gehabt, welche in den Schuldenabbau geflossen sind. Als er das Amt des Finanzvorstandes übernommen habe, seien ihm Anleihen mit 7 bis 8 Prozent Zins angeboten worden. Man habe dieses Angebot glücklicherweise nicht angenommen und sei davon ausgegangen, die Schulden abbauen zu können. Müsste man 100 Millionen Franken mit 4 bis 5 Prozent verzinsen, so entspreche dies 8 Steuerprozenten. In Zukunft werde man mehr Investitionen haben. Diese Investitionen seien im Gegensatz zu einem Kauf eines Grundstückes im Hochbord nicht wertsteigernd, da es sich um Nachholinvestitionen wie zum Beispiel die Sanierung eines Schulhauses handle. Dies bringe keine zusätzlichen Steuerzahler nach Dübendorf. Diese Kosten würden nicht durch den Finanzvorstand, sondern durch alle zusammen, den Stadtrat, den Gemeinderat und die Bevölkerung generiert. Mühe habe er mit neuen Rechnungsmodellen, mit denen mit Buchhaltungstricks versucht werde, die Staatsfinanzen auszuhebeln. Man habe dies zum ersten Mal mit der Einführung des neuen Rechnungsmodells erlebt. Damit sei die Abschreibungspraxis geändert worden, was für einige Jahre buchhalterisch gut ausgesehen habe. Man gehe jetzt wieder in eine ähnliche Richtung. Letztlich investiere man aber Geld und müsse dieses irgendwann wieder refinanzieren oder abschreiben. Es gefährlich betrachte er Aussagen, wonach es in Hinblick auf den Eurokurs nicht auf einen stabilen Steuerfuss ankäme. Weil man in Dübendorf etwas weiterdenke habe man vor einem Jahr in der kritischsten Phase den Steuerfuss gesenkt und sich damit antizyklisch verhalten. Wenn man sich wie von der SVP und Patrick Walder vorgeschlagen



verhalte und immer wieder eine Steuersenkung fordere, dann verhalte man sich nicht antizyklisch und müsse im schlimmsten Fall die Steuern wieder, wenn es auch in der Wirtschaft schlecht ginge, und das wäre ein prozyklisches Verhalten. Ebenfalls als gefährlich erachte er es, wenn die SP sage, dass die Steuerkraft sinke, seit der Steuerfuss gesenkt worden sei. Dies sei vergleichbar mit der Aussage, dass bei einer Zunahme der Storchpopulation und einem Anstieg der Geburtenrate wohl doch der Storch die Kinder bringe. Beim Steuerfuss habe die Stadt Dübendorf im Jahr 2001 eine Senkung um 2 Prozent, im Jahr 2010 um 4 Prozent vorgenommen. Mit der Einführung des NFA käme es für Dübendorf ab 2012/13 zu einer Entlastung. Auf Vorrat zu handeln sei heikel, da die Abstimmung noch nicht gesichert sei und es ebenfalls unklar ist, ob und in welchem Umfang Dübendorf vom NFA profitieren könnte. Wenn die Steuerkraft ansteige, was Orlando Wyss und auch er hoffe, dann könne es sein, dass Dübendorf nichts davon profitiere. Sollte ab 2012/13 Spielraum entstehen, dann sei der Stadtrat der erste, welcher eine Senkung des Steuerfusses beantrage. Er gehe mit Orlando Wyss gerne eine Wette ein, dass man bei der Rechnung 2011 auf der Einnahmeseite nicht das Resultat der Rechnung 2010 erreichen werde. Wenn der Kanton behaupte, dass die Einnahmen 2011 höher seien als 2010, dann mache er die Gegenbehauptung und sage, dass die Einnahmen 2011 deutlich unter denjenigen von 2010 liegen werden. Sollte er Unrecht haben, dann biete er gerne eine Kiste mit gutem Wein als Wetteinsatz an.

Orlando Wyss (SVP):

Es sei ihm auch klar, dass es besser sei, weniger Schulden zu haben. Es sei ebenfalls klar, dass keine besseren Steuerzahler nach Dübendorf zögen, wenn man ein Schulhaus renoviere und in die Infrastruktur investiere. Mit den Entwicklungsschritten, die man mache, und mit den Wohnungen, die gebaut würden, könne man aber neue Leute anlocken. Zudem könne man auch die tiefe Anzahl juristischer Personen korrigieren. Zum Schluss: Er glaube die Zahlen im Voranschlag zum nächsten Jahr nicht. Er werde die Wette mit Martin Bäumle eingehen. Er behaupte, dass die Rechnung mit einem Plus abschliessen werde. Er habe sich gefragt, wie ein Finanzvorstand dazu komme, den Ausblick so schlecht zu machen, wenn der Kanton von höheren Einnahmen ausgeht als im Jahr 2010. Er gehe die Wette ein, dass die Stadt kein Minus mache.

Andrea Kennel (SP):

Sie habe nie an den Storch geglaubt. Sie habe einen Zusammenhang zwischen den Steuern, welche sinken, und der sinkenden Attraktivität gemacht. Beides sei eine Wirkung der eingeleiteten Sparmassnahmen. Durch die Sparmassnahmen konnten die Steuern gesenkt werden. Diese Sparmassnahmen hätten jedoch auch dazu geführt, dass die Attraktivität gelitten habe.

Arthur Gasser (EDU):

Im Jahr 2012 – und jetzt budgetiere man für 2011 – werde das neue Spitalfinanzierungsgesetz in Kraft treten. Mit grosser Wahrscheinlichkeit sei damit zu rechnen, dass Spitäler durch den Kanton finanziert würden. Damit stiege der Kantonssteuerfuss an, und entsprechend käme es zu einer Senkung der Gemeindesteuerfüsse. Man könnte der Senkung um 3 Prozent zustimmen. Er wolle dies aber nicht tun, da dies mit dem neuen Pflegefinanzierungsgesetz allenfalls wieder korrigiert werden müsste.

Orlando Wyss (SVP):

Er möchte von Andrea Kennel wissen, wo die Stadt gespart habe. Die SVP versuche, die Aufwandssteigerung zu bremsen.

Abstimmungen:

1. Steuerertrag von Fr. 53'000'000 zu 100 Prozent:
Stillschweigende Zustimmung.



2. Steuerfuss:

Für Antrag Minderheitsantrag GRPK (Reduktion um 3 Prozent auf 87 Prozent):	15 Stimmen
Für Antrag Stadtrat (90 Prozent)	22 Stimmen

Der Gemeinderat hat damit eine Steuer für die Politische Gemeinde von 90 Prozent festgelegt.

Schlussabstimmung:

Zustimmung zum bereinigten VA 2011 mit einem Steuerfuss von 90 Prozent	28 Stimmen
Ablehnung des bereinigten VA 2011 mit einem Steuerfuss von 90 Prozent	2 Stimmen

9. Drei Bürgerrechtsgesuche

Die Bürgerrechtskommission (BRK) hat die vorliegenden Anträge geprüft. Alle Gesuche wurden durch die BRK einstimmig zur Annahme empfohlen. Deshalb wird auf Referate von Seiten der Bürgerrechtskommission verzichtet.

Der Gemeinderat fasst, gestützt auf Art. 29, Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005 die nachfolgenden Beschlüsse.

9.1 Mehmeti Muhamer und Hajrie sowie die Kinder Edona und Laureta, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Wangenstrasse 89, Dübendorf / Genehmigung Geschäft Nr. 19/2010

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1900.--
Antrag BRK:	Annahme (5 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	25 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	8 Stimmen

Beschluss:

1. MEHMETI Muhamer, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, geboren am 25. März 1973 in Miratovac (Serbien und Montenegro), verheiratet, Briefträger, wohnhaft Wangenstrasse 89, 8600 Dübendorf, und seine Ehefrau MEHMETI geb. Abdullahu Hajrie, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, geboren am 6. März 1980 in Presevo (Serbien und Montenegro), verheiratet, Raumpflegerin, Pflegehelferin und Hausfrau, wohnhaft Wangenstrasse 89, 8600 Dübendorf, sowie die Kinder Edona, geboren am 21. Januar 2003 in Zürich (ZH) und Laureta, geboren am 23. November 2004 in Zürich (ZH), werden gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'900 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.



9.2 Vogas Athanassios und Zoumboulia sowie die Kinder Orestis und Sophia, griechische Staatsangehörige, wohnhaft Hurdackerstrasse 81, Dübendorf / Genehmigung Geschäft Nr. 20/2010

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1900.--
Antrag BRK:	Annahme (5 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	26 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	1 Stimme

Beschluss:

1. VOGAS Athanassios, griechischer Staatsangehöriger, geboren am 19. September 1958 in Inoi-Orestiadass (Griechenland), verheiratet, Werkstattplaner, wohnhaft Hurdackerstrasse 81, 8600 Dübendorf und seine Ehefrau VOGAS geb. Fidanidou Zoumboulia, griechische Staatsangehörige, geboren am 17. Februar 1967 in Chimonio-Orestiadass (Griechenland), verheiratet, Kundenservice Mitarbeiterin, sowie die Kinder Orestis Anastassios, geboren am 7. September 1995 in Zürich (ZH), und Sophia Danai, geboren am 3. Februar 2000 in Uster (ZH), werden gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'900 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

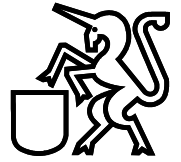
9.3 Granier Thierry Henri Louis, französischer Staatsangehöriger, wohnhaft Zeisigweg 7, Dübendorf / Genehmigung Geschäft Nr. 25/2010

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	29 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	1 Stimme

Beschluss:

1. GRANIER Thierry Henri Louis, französischer Staatsangehöriger, geboren am 30. Dezember 1968 in Saint Gervais sur Mare (Frankreich), ledig, Chemiker, Zeisigweg 7, 8600 Dübendorf, wird gegen Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

Der Gemeinderatspräsident Patric Crivelli (SVP) teilt mit, dass die Gemeinderatssitzung vom Montag, 3. Januar 2011 ausfällt. Das Büro des Gemeinderates entscheide an der Sitzung vom 17. Januar 2011, ob die nächste Gemeinderatssitzung am Montag, 7. Februar 2011 oder am Montag, 7. März 2011 stattfinden wird.



Einwände gegen die Verhandlungsführung:

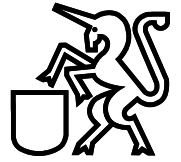
Keine Einwände gegen die Verhandlungsführung.

Der Gemeinderatspräsident Patric Crivelli (SVP) schliesst die Sitzung mit den besten Wünschen für die Festtage und der Einladung zum anschliessenden Apéro im Foyer.

Schluss der Sitzung: 22.25 Uhr

Für die Richtigkeit

Marcel Amhof
Gemeinderatssekretär



Eingesehen und für richtig befunden

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Patric Crivelli
Gemeinderatspräsident

Barbara Schori
Stimmenzählerin

Benedikt Stockmann
Stimmenzähler

Jacqueline Hofer
Stimmenzählerin